

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Copadirekt

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2. Juli 1931

Soz. Geschichts
Amsterdam

Politik oder Verbrechen ?

SPD. Die kommunistische Partei benutzt die kritische Situation, in der sich die deutsche Arbeiterschaft auf dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise befindet, zu verbrecherischen Aktionen nach dem Muster von 1923. Mit Jubel sieht sie das Elend, das über die deutsche Arbeiterschaft gekommen ist. Sie will es nicht bessern, sie will lediglich die verzweifelte Stimmung der Erwerbslosen und die in täglicher Ungewissheit über ihre Arbeitsstelle schwebenden Arbeiter für ihre Zwecke ausnutzen. Sie will Deutschland in den Bürgerkrieg stürzen, sie will ein Chaos herbeiführen, das noch schlimmer sein würde als der schreckliche Zustand, in dem Russland in den Jahren nach der bolschewistischen Revolution versunken ist.

In der Bürgerkriegshetze begegnen sich die Absichten der Kommunisten mit denen der Nationalsozialisten. Die rechtsradikalen Kräfte in Deutschland warten nur auf einen Anlass, der die Möglichkeit zur Entfesselung einer Militärdiktatur mit faschistischen Methoden geben soll. Die Kommunisten sind gewillt, ihnen diesen Anlass zu liefern. Da die Generalstreikpropaganda der Kommunisten kläglich ins Wasser gefallen ist, versuchen sie es nun wieder mit der Methode der Provokationen. Ihre Methoden sind bekannt. Sie zielen darauf ab, ihre Anhänger zu Zusammenstößen mit der Staatsgewalt anzureizen. Wenn diese Methode Erfolg hat, wenn blutige Opfer die Folge der Provokation sind, dann entrüsten sich die Provokateure heuchlerisch über das Eingreifen der Staatsgewalt. Diese Methode der Provokationen ist wohl vorbereitet. Die Kommunistische Partei hat Bürgerkriegsspezialisten geschult, ihre wilden Demonstrationen sind organisiert, sie sind so angelegt, dass sie zu Zusammenstößen führen müssen.

Es ist bezeichnend, dass diese provokatorische Taktik vorzugsweise in Preussen geübt wird. Die Provokateure rechnen mit der Langmut der Preussenregierung und des sozialdemokratischen Innenministers. Hätte Preussen eine Rechtsregierung, so würde der Kampf in legalen ernstesten Formen, wie sie den demokratischen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung entsprechen, von der Sozialdemokratie geführt werden müssen - die Kommunisten, die jetzt das Maul aufreissen und verbrecherische Provokationen betreiben, würden dann ins Mauselloch kriechen.

Die Kommunistische Partei weiss, dass sich ihrem Versuch, die deutsche Arbeiterschaft in ein Chaos von Blut und Schrecken zu stürzen, ein unübersteigliches Hindernis in den Weg stellt: die Sozialdemokratische Partei. Deshalb verfolgt die Kommunistische Partei die deutsche Sozialdemokratie mit abgrundtiefem Hass. Sie versucht, mit Spitzelmethode Spaltpilze in die sozialdemokratischen Organisationen zu tragen. Sie schmiert sich einerseits mit der Einheitsfrontparole an die Sozialdemokraten heran, andererseits versucht sie zu spalten und zu zersetzen. Sie stellt Programme auf, nach denen nach ihrer Meinung oppositionelle Sozialdemokraten handeln müssten. Sie empfiehlt Organisierung einer Opposition innerhalb der Sozialdemokratie, mit der sie

im Trüben zu fischen hofft. Sie redet deshalb heuchlerisch von Kameradschaftlichkeit, von Regelung der Sprache der kommunistischen Organe gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern. Auf der anderen Seite aber betreibt sie masslose verbrecherische Mordhetze gegen sozialdemokratische Funktionäre wie gegen sozialdemokratische Schutzpolizeibeamte. Sie provoziert, um sich selbst Material für die Fortsetzung dieser Hetze zu beschaffen!

Die Kommunistische Partei hat in Köln Flugzettel verbreiten lassen, durch die die Arbeitslosen aufgefordert wurden, auf den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten aus dem Hinterhalt zu schießen. In Berlin sind zwei freigewerkschaftliche Polizeibeamte, die Sozialdemokraten Zänkert und Kuhfeld, dieser Mordhetze bereits zum Opfer gefallen. Als der Sozialdemokrat Zänkert von einem Kommunisten erschossen wurde, hat die "Rote Fahne" eine Notiz über das Opfer veröffentlicht, aus der die tiefe Genugtuung der Provokateure über den Erfolg ihrer Mordhetze sprach. Nach der Ermordung des Sozialdemokraten Kuhfeld hat die kommunistische Presse kein Wort des Bedauerns gefunden. Derartige Taten stehen auf ihrem Programm, die Provokateure mussten mit ihnen rechnen, und sie haben damit gerechnet.

In der Taktik der Kommunistischen Partei kommt der verbrecherische Geist des Mordes aus dem Hinterhalt des Abschießens des politischen Gegners zum Ausdruck, der systematisch von ihr wie von der Hakenkreuzpartei gezüchtet worden ist. Das ist nicht mehr Politik, das ist Verbrechen!

Die Methode der Provokation hat nichts gemein mit der gerechten Empörung, die das arbeitende Volk auf dem Tiefpunkt der Krise erfüllt, nichts mit der gerechten politischen Aufwallung der deutschen Arbeiterschaft gegen die sozialen Brutalitäten der letzten Notverordnung, nichts gemein mit den Kampftraditionen der organisierten deutschen Arbeiter. Die sich zu Werkzeugen der Provokation machen, die kaltblütig aus dem Hinterhalt auf sozialdemokratische Polizeibeamte schießen, die sind wahrhaftig nicht die Vertreter des kämpfenden deutschen Proletariats! Diese provokatorische Methode bedeutet eine ungeheure Gefahr für die deutsche Arbeiterbewegung! Mit Entrüstung wendet sich deshalb die sozialdemokratische Arbeiterschaft von der verbrecherischen Taktik der Kommunisten ab.

SPD. Düsseldorf, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Der kommunistische Rechtsanwalt und preussische Landtagsabgeordnete Obuch übermittelte der Presse zu der Meldung, dass der nationalsozialistische Sturmtruppführer Nordwest Bässler wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Parteigelder aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei, eine Erklärung, in der es u.a. heisst:

Bässler, der bis vor kurzem noch persönlicher Adjutant des Osaf-Stellvertreters von Fichte-Düsseldorf gewesen ist und einer der Führer der Sturmabteilung in Düsseldorf war, erklärte vor etwa 14 Tagen seinen Austritt aus der NSDAP mit der Begründung, dass er die Korruption in ihren Reihen nicht mehr mitmachen könne. Erst am Tage darauf erschien in den Organen der Nationalsozialisten die Meldung, dass er wegen Unterschlagung ausgeschlossen worden sei. Bässler hat dann in einer Reihe von Versammlungen der Kommunistischen Partei, bei der er seinen Eintritt angemeldet hat, die Gründe seines Austritts dargelegt. Er hat vor allem auf ungeheure Korruptionsfälle in den Reihen der Nationalsozialisten Düsseldorfs hingewiesen. U.a. konnte er mitteilen, dass die Nationalsozialistische Partei bzw. ein Vertreter von ihr die ganze Versicherungssumme unterschlagen hatte - es handelte sich um etwa 3000 Mark -, die die Versicherung der Mutter eines getöteten SA-Mannes bereitgestellt hatte. Unterdessen hat auch die Leitung der NSDAP diesen Vorgang in der Öffentlichkeit zugeben müssen. Neben Bässler sind mehr als ein Dutzend bekannter SA-Leute aus der NSDAP ausgetreten. Bässler selbst hat in Versammlungen erklärt, dass er von seinem Vorgesetzten nach einer Reise durch verschiedene Weindiehlen den dienstlichen Befehl erhalten hat, mit ihm in einem Bett zu schlafen. Als von Fichte handgreiflich wurde, habe er das Hotel verlassen und die Angelegenheit gemeldet, die aber mit allen Mitteln vertuscht werden sollte.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "In der Strafsache gegen den durch rechtskräftiges Urteil des Schwurgerichts Düsseldorf vom 22. April 1931 wegen Mordes in neun Fällen zum Tode verurteilten Arbeiter Peter Kürten hat das preussische Staatsministerium in der Sitzung vom 30. Juni 1931 beschlossen, von dem Rechte der Begnadigung keinen Gebrauch zu machen, sondern der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen. Die Entschliessung des Staatsministeriums entspricht der Stellungnahme aller mit der Prüfung der Gnadenfrage befassten Stellen. Das Urteil ist Donnerstag morgen um 6 Uhr in Köln vollstreckt worden."

+ + +

Die mit der Prüfung der Gnadenfrage betrauten Stellen haben sich sämtlich für die Vollstreckung des Todesurteils ausgesprochen.

SPD. Köln, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor der Kölner Universität demonstrierten am Donnerstag grosse Gruppen von Nazi- und Stahlhelm-Studenten. Sie sangen nationalsozialistische Lieder und brachten gegen das Verbot einer Anti-Versailles-Kundgebung durch den Rektor Protestrufe aus. Jüdische Studenten wurden misshandelt. Einem wurde das Auge blutig geschlagen. Ein Ueberfallkommando stellte die Ordnung wieder her, indem es den Platz vor der Universität räumte und im Innern des Gebäudes mehrere Studenten verhaftete.

SPD. Das braune Haus, der Münchener Sitz der Hakenkreuzclique um Hitler und Röhm, besitzt einen Haupteingang und mehrere Nebeneingänge. Der Haupteingang dient "nur für Herrschaften", er darf nur von prominenten Nationalsozialisten benutzt werden. Gewöhnliche Hakenkreuzler, die nicht zu den hohen Würdenträgern gehören, müssen die Nebeneingänge benutzen. Die Treppe, die im braunen Haus in das erste Stockwerk führt, hat allein die Kleinigkeit von 30 000 Mark gekostet.

Die Arbeitsräume für die unteren Angestellten der Reichsleitung der NSDAP liegen ganz oben im Dachgeschoss. In diesen Räumen hört der Luxus auf, dafür ist es im Sommer so drückend heiss und im Winter eiskalt. Der Chef im Luxusraum, der Angestellte in der Dachkammer - das ist das genaue Abbild des Sozialismus, wie Herr Hitler ihn auffasst.

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Abgeordneten Franklin-Bouillon und Marin haben am Donnerstag im Senat Unterschriften für einen an den Ministerpräsidenten zu richtenden Brief gesammelt, in dem die Regierung aufgefordert werden soll, die gegenwärtige Parlamentssession erst zu schliessen, nachdem eine Debatte über die gegenwärtig schwebenden aussenpolitischen Fragen, d.h. über den Vorschlag Hoovers stattgefunden hat. Das gleiche Ziel verfolgen einige Abgeordnete der Linksparteien.

SPD. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Kurt Rosenfeld, Seydewitz und Ströbel veröffentlichen in der neuesten Nummer eines von ihnen herausgegebenen Organs einen "Mahnruf an die Partei", in dem eine Änderung des Kurses der offiziellen Parteipolitik und der sofortige Verzicht auf die Tolerierung des Kabinetts Brüning gefordert wird. Sie treten mit einem derartigen "Mahnruf" hervor, obwohl der Leipziger Parteitag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erst vor wenigen Wochen sein Vertrauen ausgesprochen und

die Fraktion wenige Tage später gegen eine geringe Minderheit beschloss, ihre Politik der katastrophalen Zuspitzung der gesamtpolitischen Verhältnisse anzupassen. Angesichts dieses Tatbestandes können selbst die Urheber des Mahnrufes nicht annehmen, dass sich die übergrosse Mehrheit der Partei jetzt zu ihren, nicht immer logischen Anschauungen, bekennt.

Es entsteht also die Frage: Warum dennoch der Aufruf im gegenwärtigen Augenblick? Die Antwort ergibt sich aus der gleichen Nummer des oppositionellen Organs, in dem es zum Schluss des "Mahnrufs" heisst:

"Genossinnen und Genossen, die diesen notwendigen Mahnruf unterstützen, bitten wir um Zustimmungserklärung."

Das ist nichts anderes als ein Versuch, innerhalb der Partei eine Opposition zu organisieren, als ein Versuch, innerhalb der Partei eine Partei zu schaffen. In dieser Beziehung ist der "Mahnruf an die Partei" nur als Mittel zum Zweck zu betrachten. Ist das so, dann steht das Vorgehen der Oppositionellen um jeden Preis im eklatanten Widerspruch zu dem Geist und der dringenden Mahnung des Leipziger Parteitages, nicht mit der Einheit der Partei zu spielen ja selbst zu ihren eigenen Erklärungen, die sie in Leipzig für die Einheit und die Geschlossenheit der Partei abgegeben haben. Diese Einheit und Geschlossenheit ist der übergrossen Mehrheit der sozialdemokratischen Mitgliedschaft ein Heiligtum, das sie nicht antasten lässt. Damit ist die Haltung der massgebenden Parteinstanzen zu der neuesten Sonderaktion der Oppositionellen gegeben, zugleich aber erhärtet, dass die Spekulation eines Teiles der bürgerlichen Presse auf eine neue Spaltung der Sozialdemokratie als Hirngespinnst zu betrachten ist.

+ + +

Der Parteiausschuss der SPD ist für Mitte der nächsten Woche zur Beratung der politischen Lage einberufen. Er wird sich bei dieser Gelegenheit zugleich mit der Sonderaktion der "Opposition" befassen.

SPD. Amsterdam, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Brüsseler Meldungen über die bevorstehende Unterzeichnung eines neuen niederländisch-belgischen Abkommens werden von "Het Volk" bestätigt. Ein völliges Einvernehmen über das Scheldeproblem und den belgisch-niederländischen Vertrag von 1839 sei in den Grundzügen bereits erzielt. Belgien suche auf Grund einer Revision seiner Handelspolitik eine Annäherung an die Niederlande. Die offiziellen Verhandlungen würden in den nächsten Tagen beginnen. Nach ihrem Abschluss werde ein offizieller Besuch der Staatsoberhäupter der beiden Länder die Annäherung zwischen den beiden Ländern auch nach aussen demonstrieren.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtags zur Ueberprüfung der Kreditgewährung der Preussenkasse an die Landbund- und Raiffeisengenossenschaften nahm am Donnerstag einen Feststellungsvorschlag des Berichterstatters, des Abg. Leinert (Soz) an. Danach sind vom Reichslandbund Gelder der Preussenkasse, also Staatsgelder, zu Spekulations- und politischen Zwecken benutzt worden, obwohl diese Gelder bestimmungsgemäss nur zu genossenschaftlichen Zwecken verwendet werden dürfen.

Der Berichterstatter stellte im Verlauf der Sitzung ferner fest, dass die Reichslandbund A.G. mit dem von der Preussenkasse gewährten Kredit den Ankauf und Verkauf von Getreide an der Börse finanziert hat und damit das Ziel verfolgte, die Getreidepreise zu beeinflussen. Die Verluste wurden zu erheblichem Teil von der Preussenkasse gedeckt. Ausserdem wird im Bericht festgestellt, dass auch an die Reichslandbund A.G. in einem Falle Kredite zu politischen

Zwecken gegeben wurden. Inwieweit die Untergenossenschaften zu politischen oder wirtschaftlichen Aufgaben Mittel verwendet haben, die aus Krediten der Preussenkasse stammen, hat der Untersuchungsausschuss nicht feststellen können.

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Senat stand am Donnerstag die Beratung des Marinebaukredits für das Finanzjahr 1931/32 zur Beratung. Die Kammer hat den anfänglich von der Regierung geforderten Kredit für ein neues Linienschiff von 23 300 Tonnen erheblich gekürzt. Infolgedessen reichen die Kredite nur für Studien über den genauen Typ des Schiffes aus, sodass die eigentlichen Baukredite später noch bewilligt werden müssen. Der Berichterstatter der Marinekommission des Senats trat dafür ein, dass der Kriegsschiffbau vor der Abrüstungskonferenz nicht eingeschränkt wird. Da der neue deutsche Panzerkreuzer "Deutschland" wegen seiner Bestückung mit 28 cm-Geschützen als Linienschiff anzusehen sei, müsste Frankreich, um ihn zu übertreffen, ein Linienschiff mit höherer Geschwindigkeit und stärkeren Geschützen bauen. Senator Farjon erklärte im Sinne der Finanzkommission, dass sie nichts gegen den Bau des Schiffes einzuwenden habe.

SPD. Der Untersuchungsausschuss des preussischen Landtages, der die Kreditgewährung an die Landbank zu überprüfen hat, nahm am Donnerstag den Vorbericht des Abg. Kuttner (Soz) entgegen. Was der Abg. Kuttner vortrug, ist die Geschichte eines typischen Inflationsgewinners, der eine Bank für 50 Goldmark kauft und hinterher einige hunderttausend Goldmark staatliche Gelder einsteckt. Dieser typische Inflationsgewinner ist kein anderer als der "Retter" Hugenberg.

Die Bank, die Hugenberg so spottbillig kaufte, ist die oben erwähnte Landbank. Sie diente dem Siedlungswerk im Osten und hat Bedeutung für die Kreditgewährung an Kleinsiedler. Aus diesem Grunde erklärt sich auch das später erfolgte Eingreifen des preussischen Staates. Man wollte einen Wirtschaftsbezirk, der an sich schon fürchterlich leidet, nicht durch Inflationsgewinnertricks weiter schädigen lassen.

Hugenberg wurde 1919 in den Aufsichtsrat der Landbank gewählt. In der Inflation ergaben sich bei der Bank Schwierigkeiten. Sie musste schliesslich ein holländisches Darlehen aufnehmen. Mit der Zeit ging die Bank spottbillig an den Hugenbergkonzern über. Allerdings hat der Hugenbergkonzern mit dem Erwerb der Aktienmajorität der Landbank die Verpflichtung übernommen, die holländische Anleihe zu tilgen. Tatsächlich sind auch 58 000 Gulden vom Hugenbergkonzern abgetragen worden. Im besten Falle hat also der Hugenbergkonzern für die Bank rund 100 000 Goldmark gezahlt. Unter der Hugenbergschen Führung wurde die Landbank 1925 konkursreif. Sie verlangte zu ihrer Stützung ein Darlehen vom preussischen Staat in Höhe von 2 Millionen Mark und als der preussische Staat ablehnte, machte Hugenberg die Rechtspresse gegen das "rote Preussen mobil", das angeblich das Siedlungswerk im Osten brachlegen wollte. Es sollte ein Druck auf die preussische Regierung ausgeübt werden damit die von Hugenberg geforderten 2 Millionen Mark hergegeben wurden.

Im Interesse der Siedlung entschloss sich der preussische Staat später zu einer Sanierungsaktion. Danach sollten die Provinz Grenzmark und der preussische Staat eine Aktienmajorität von 35 Millionen Mark erwerben. Der Hugenbergkonzern schied darauf aus der Bank aus. Er wurde auch von der weiteren Rückzahlung des holländischen Kredits entbunden; fällig waren noch etwa 330 000 Mark. Dazu bekam Hugenberg eine Landhaussiedlung am Scharmützelsee im Werte von etwa 300 000 bis 350 000 Mark und Aufwertungshypotheken im Werte von 80 000 Mark. Nach dem Ausscheiden der alten Majoritätsbesitzer zeigte

sich erst die ganze Hugenbergsche Wirtschaft. Es wurden eine ganze Serie von Verlustgeschäften festgestellt. Die alte Goldmarkbilanz der Landbank konnte nicht aufrecht erhalten werden, weshalb man das ursprüngliche Kapital auf 65 000 Mark zusammenlegen musste. Trotzdem forderten die Hugenbergleute weiter und um den Anspruch einiger Minderheitsaktionäre abzutun, entschloss man sich, ihnen noch einmal 10 Mark pro Aktie nachzuzahlen.

Das Ganze wurde für Hugenberg ein grossartiges Geschäft. Der Berichtstatter stellte fest, dass die Landbank, die mit 43 Mark und einer Schuldendeckung von rund 100 000 Mark von Hugenberg erworben wurde, der Hugenberggruppe einen Aktienaufkaufspreis von 35 000 Mark, dann die oben erwähnte Nachzahlung von 100 000 Mark, weiter den Scharmützelseebesitz von ca. 300 000 bis 350 000 Mark und die Aufwertungshypothek in Höhe von 80 000 Mark erbracht hat. So sieht der Inflationsgewinner Hugenberg aus!

Der Ausschuss vertagte sich auf Freitag, den 9. Juli. Als erster Zeuge wird Hugenberg vernommen.

SPD. Die englische Regierung hat am Donnerstag-Abend, veranlasst durch den immer noch kritischen Stand der Verhandlungen in Paris, folgende Verlautbarung veröffentlicht :

"Die englische Regierung hofft ernstlich, dass die Verhandlungen, die jetzt in Paris über den Vorschlag des Präsidenten Hoover stattfinden, erfolgreich sein werden. Sollte aber keine baldige Lösung gefunden werden, so hat die Regierung ihre Bereitschaft kundgegeben, eine Zusammenkunft von Vertretern der hauptsächlich beteiligten Mächte zu einem baldigen Zeitpunkt abzuhalten, damit ein Uebereinkommen mit einem Minimum von Verzug erreicht werden kann."

Dieser Vorschlag ist sicherlich herzlich gut gemeint, wie die englische Arbeiterregierung von allem Anfang an für die wirtschaftliche Lage Deutschlands ausserordentlich grosses Verständnis gezeigt hat und der Hoover-Plan ohne ihre Initiative wahrscheinlich nicht so schnell das Licht der Welt erblickt hätte. Aber wie lange will man noch verhandeln? Die Situation Deutschlands wird von Tag zu Tag schwieriger. Am Donnerstag sind wiederum 37 Millionen von der Reichsbank abgewandert, sodass von dem uns unter Führung der Bank von England kürzlich zur Verfügung gestellten Rediskontkredit in Höhe von rund 400 Millionen Mark nur noch ein kleiner Rest zur Verfügung steht. Inzwischen rückt der 16. Juli heran, an dem der Kredit zurückgezahlt werden soll. Angesichts dieser finanziellen Situation der Reichsbank ist die Desorgnis der Reichsregierung, dass die uns zgedachte Hilfe schliesslich zu spät kommt, angebracht und ihr neuester dringender Appell an das Ausland durchaus berechtigt. Es ist wenige Minuten vor zwölf. Was es bedeutet wenn es erst zwölf geschlagen hat, hat der amerikanische Staatspräsident wiederholt selbst öffentlich dargelegt. Also handele man, bevor zum Verhandeln keine Zeit mehr ist.

Die englische Regierung hat die jetzt vorgeschlagene Konferenz in Paris bereits am Mittwoch anregen lassen, aber am Donnerstag von der französischen Regierung die Antwort erhalten, dass die französischen Minister Paris vorläufig nicht verlassen könnten. Es ist bisher nicht ersichtlich, ob diese Antwort so zu deuten ist, dass Frankreich den englischen Plan überhaupt ablehnt oder ob ihm der Konferenzort, d.h. London, nicht angenehm ist. Andererseits aber würde der englische Vorschlag den französischen Wunsch, mit Deutschland direkt zu verhandeln, erfüllen, obwohl dabei nicht zu verkennen ist, dass Frankreich auf einer derartigen Konferenz allein gegen den Hoover-Plan stehen würde.

In Paris sind die Verhandlungen auch am Donnerstag nicht fortgeschritten. Sie wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Es verlautet jedoch, dass sie am Freitag-Vormittag fortgesetzt werden sollen.

Neuerdings steht in Paris ein neuer Vermittlungsvorschlag mit zur Debatte. Er läuft darauf hinaus, die ungeschützte Annuität durch deutsche Sachlieferungen zu sichern. Deutschland soll zum Zweck der Finanzierung dieser Sachlieferungen langfristige Schuldverschreibungen in Höhe von rund 450 Millionen Mark jährlich ausgeben. Die Tilgung ist in 25 gleichen Raten und zwar in der Zeit von 1933 bis 1958 gedacht.

SPD. Rom, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf dem Güterbahnhof in Rom explodierte am Donnerstag in einem aus Frankreich angekommenen und mit Zigaretten gefüllten Waggon beim Öffnen eine Höllmaschine. Ein Teil des Güterbahnhofs ging in Trümmer. Zwei Eisenbahnbeamte wurden getötet, einer schwer und mehrere leicht verletzt.

In den letzten Tagen häufen sich die Bombenattentate im faschistischen Italien. Nach Bologna, Turin und Genua jetzt Rom. Der unerträgliche Druck, der auf dem italienischen Volke lastet, ist die Ursache dieser Attentate.

SPD. Der Preussische Landtag, der am 7. Juli wieder zusammentritt, wird sich am 8. Juli mit dem Ergebnis des Volksbegehrens auf Auflösung des Landtags beschäftigen. Bei dieser Gelegenheit ist eine grosse innenpolitische Debatte zu erwarten. Die Ablehnung des Antrags auf Auflösung des Landtags ist für den 10. Juli zu erwarten.

SPD. Bochum, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Vorstand der Reichsknappschaft hat die am 1. Juli fälligen Renten und Bezüge aller Versicherten um 10 Prozent gekürzt. Es handelt sich hier um eine einstweilige Massnahme, die notwendig geworden ist, weil die Vertreter der Arbeitnehmer die Vorschläge des Vorstandes auf Sanierung der Knappschaft abgelehnt haben. Die Angestelltenvertreter wollen sich erst in der zweiten Hälfte des Juli über ihre Haltung schlüssig werden.

SPD. Die jüngsten Vorfälle an der Berliner Universität, die keine vereinzelte Sonderaktion darstellen, sondern deutlich erkennbar auf ein planmässiges Vorgehen der radikalen Flügel der Studentenschaft schliessen lassen; haben den preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Grimme veranlasst, die akademischen Behörden nochmals zu energischem und raschen disziplinarischen Einschreiten gegen die ruhestörenden Elemente an den Hochschulen aufzufordern.

In dem Erlass macht es der Kultusminister - wie der "Soz. Pressedienst" mitteilt - den akademischen Disziplinarbehörden zur Pflicht, in allen denjenigen Fällen, in denen sich Studenten der Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit innerhalb der Räume der akademischen Anstalten oder in ihrer näheren Umgebung schuldig machen, das Disziplinarverfahren so schleunig vorzunehmen, dass es innerhalb einer Woche seit Feststellung des Täters zum Abschluss gebracht werden kann. Für diese Zeit hält der Minister es für selbstverständlich, dass die Unruhestifter zur Vermeidung weiterer Störungen von der Universität ferngehalten werden. Studenten, die von Polizeiorganen bei

einer gesetzwidrigen Haltung betroffen und festgenommen werden, sollen sofort dem Schnellrichter vorgeführt werden. ferner wird in dem Erlass darauf hingewiesen, dass die Einführung einer verschärften Kontrolle an den Universitäten unumgänglich nötig sei, damit das gerade in den letzten Tagen wieder beobachtete Eindringen universitätsfremder ruhestörender Elemente unterbunden werden kann.

+ + +

Der Erlass ist am Donnerstag-Abend an die Universitätsbehörden abgegangen. Weitergehende Anordnungen des Kultusministers waren nicht möglich, weil nach dem geltenden Disziplinalgesetz für die Universitäten vom 29. Mai 1879 die Disziplinargewalt ausschliesslich in den Händen der akademischen Behörden liegt. Es ist an der Zeit, dass dieses Gesetz bald die notwendigen Änderungen erfährt. Ohne dem ist dem Rowdytum an den Universitäten, angesichts der Einstellung zahlreicher Professoren und Hochschulleiter, kaum das Handwerk so zu legen, wie es sich in den letzten Tagen als dringend notwendig erwiesen hat

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Die amerikanisch-französischen Verhandlungen wurden am Donnerstag auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Möglichkeiten einer Verständigung sind noch nicht restlos aufgegeben worden. Inoffiziell wird nach wie vor weiter verhandelt. Die offiziellen Verhandlungen werden trotz der Vertagung auf unbestimmte Zeit voraussichtlich am Freitag gegen Mittag fortgesetzt werden.

SPD. An den Zulagen, die Preussen der Schutzpolizei als Vergütung für die Gehaltskürzung zahlt, wird in einem Teil der Presse Kritik geübt. Es heisst die Gehaltskürzung werde durch die Zulagen in keiner Weise rückgängig gemacht. Es handle sich lediglich um eine Verbesserung der Fahr- und Zehrkostenzulage.

Von einer Rückgängigmachung der Gehaltskürzung konnte nach Lage der Dinge naturgemäss von vornherein gar keine Rede sein. Aber es sollte für die Polizeibeamten wenigstens ein gewisser Ausgleich gegenüber der durch die Gehaltskürzung entstandenen Einbusse geschaffen werden. Die Vergütung für die Bereitschaftspolizei ~~se~~ beträgt nicht 6 Mark, wie einige Blätter behaupten, sondern nur 4,50 und dient der Verbesserung der Abendkost - hätte u. E. etwas besser ausfallen können. Immerhin ist das Vorgehen Preussens anzuerkennen.

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Senat stimmte dem Marinebauprogramm der Regierung am Donnerstag mit 209 gegen 35 Stimmen zu.

Im Verlauf der Debatte erklärte der Marineminister, dass nur der Panzerkreuzer "Deutschland" die französische Regierung zwingen werde, ein Linienschiff von 23 000 Tonnen zu bauen. Der deutsche Panzerkreuzer bringe es auf eine Höchstgeschwindigkeit von 28 Knoten und habe bei 20 Knoten Durchschnittsgeschwindigkeit einen Aktionsradius von 10 000 Kilometern. Er könne also im Atlantischen Ozean die französischen Zufahrtswege für Petroleum sowie die Verbindung zwischen Frankreich und den westafrikanischen Kolonien abschneiden. Dieser Drohung müsse vorgebeugt werden. Später müsse noch ein zweites Linienschiff auf Stapel gelegt werden, um dem deutschen Panzerkreuzer B die Stirne zu bieten.

+ + +

Der Bau des Panzerkreuzers B hat in den letzten Tagen in den Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich ebenfalls eine grosse Rolle gespielt. Frankreich wünscht, dass Deutschland den Bau dieses Panzerkreuzers nicht durchführt. Unter dieser Voraussetzung scheint es bereit, auf den Bau des Linienschiffes von 23 000 Tonnen zu verzichten. Merkwürdig an der Haltung Frankreichs ist jedoch, dass es den Bau des 23 000 Tonnenkreuzers monatelang mit der Flottenaufrüstung Italiens begründet hat, während sich der Bau neuerdings gegen den deutschen Panzerkreuzer B richten soll.

SPD. Paris, 2. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Auswärtige Ausschuss der Kammer nahm am Donnerstag mit 14 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen einen Antrag an, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, dass die Regierung von ihrem Recht, die gegenwärtige Parlamentstagung zu schliessen, vorläufig keinen Gebrauch macht. Dem Parlament müsse in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Umstände Gelegenheit gegeben werden, sein Kontrollrecht weiter auszuüben.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Wissenschaft am Hakenkreuz.

SPD. Der Professor Nawiasky an der Münchener Universität hat in einem Kolleg seinen Hörern gelehrt, dass der Vertrag von Versailles trotz seines Charakters als Gewaltfrieden im formaljuristischen Sinne ein Vertrag sei, eben so wie die Friedensverträge von Brest Litowsk und Bukarest, mit denen man gefährliche Vorbilder für die Diktatfriedensverträge gegeben habe.

Es bedarf wahrlich nicht der Autorität eines Staatsrechtslehrers um die in diesen Sätzen enthaltenen Binsenweisheiten festzustellen. Die Sätze, die Prof. Nawiasky ausgesprochen hat, sind so einfach und richtig, dass man sie fast als Plattheiten bezeichnen könnte. Sie haben trotzdem den Anlass zu den wüsten Ausschreitungen der nationalsozialistischen Studenten an der Münchener Universität gegeben. Der "Völkische Beobachter", der die wüste Hetze gegen Prof. Nawiasky eingeleitet hat, gibt nun die folgende grundsätzliche Erklärung ab :

"Der Eckstein deutscher Forschungsarbeit ist nicht eine zum Landesverrat erniedrigte unbeschränkte Lehrfreiheit, sondern die Ehre und das Wohl des deutschen Volkes. Und die vornehmste Würde deutschen Akademikertums ist der Kampf für Freiheit und Brot der Nation. Hier gibt es keine Kompromisse und so lange Nawiasky-Typen die Hochschulen bevölkern dürfen, wird es immer zu schärfster Abwehr kommen."

Das ist eindeutig! Die Wissenschaft soll künftighin sich zur Magd nationalsozialistischer Propaganda machen. Die deutsche Forschungsarbeit soll darin bestehen, dass man danach forscht, wie man Wahrheiten und Tatsachen am besten für nationalsozialistische Propagandazwecke fälscht und umlügt. Die vornehmste Würde deutschen Akademikertums soll es nicht mehr sein, zu lernen, zu forschen und Wahrheiten zu verkünden, sondern nationalsozialistischen Krakeel zu veranstalten. Mit anderen Worten: dieselbe Vergewaltigung der Wissenschaft und ihre Erniedrigung zur Dirne einer politischen Diktatur, wie wir sie in Sowjetrußland sehen, soll nach den Wünschen der Nationalsozialisten auch in Deutschland Platz greifen.

Es darf nicht verschwiegen werden, dass die Schuld daran, dass nationalsozialistische Buben so frech die Wissenschaft und ihre Freiheit antasten dürfen, nicht zuletzt einem grossen Teil der deutschen Hochschullehrer selbst zugeschrieben werden muss. Sie haben selbst den Ungeist gezüchtet, der sich heute an deutschen Universitäten breitmacht!

Kein Toscanini.

Toscanini, der sich geweigert hatte, die Würde und den Ernst eines ersten Konzertes durch das Aufspielen der Faschistenhymne herabsetzen zu lassen, wurde von italienischen Faschisten beschimpft und vom faschistischen System verfolgt.

Der deutsche Kapellmeister Fritz Reiner hat kürzlich in Mailand ein Konzert dirigiert. Auch bei ihm erschienen die faschistischen Jünglinge und befahlen ihm, vor Beginn des Konzertes den Königsmarsch und die Faschistenhymne zu dirigieren. Herr Fritz Reiner ist dieser Aufforderung sofort nachgekommen, er hat dafür nicht Ohrfeigen wie Toscanini, sondern brausenden Beifall der Faschisten erhalten.

Es erübrigt sich über diese Haltung noch ein weiteres Wort zu verlieren. Es genügt vollständig, nur eines festzustellen: Herr Fritz Reiner ist kein Toscanini.

Das Verordnungsblatt.

Die Nationalsozialisten organisieren sich bewusst als Staat im Staate. Der Unfug, dass sie sich in München eine eigene Polizeiwache eingerichtet haben, hat die bayerische Regierung nun endlich abgestellt. Es gibt noch mehr Unfug, der abgestellt zu werden verdient. Das Braune Haus gibt ein "Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP" heraus. Der Name ist zweifellos gewählt, um einen amtlichen Charakter vorzutäuschen. Die Nationalsozialisten sollen den Eindruck erhalten, dass die Gesetz- und Verordnungsblätter der Regierungen von rechts-wegen keine bindenden Gesetze enthalten, dass das eigentliche Gesetz vielmehr nur durch das Verordnungsblatt der Hitlerclique vermittelt wird.

In diesem Namen liegt nicht nur eine Äusserlichkeit, er ist ein Symbol des hochverräterischen Wesens der Nationalsozialistischen Partei gegen die Republik, er passt ganz ausgezeichnet zu der eigenen Polizeiwache, die sich die Hitlerleute in München eingerichtet, und zu der Polizeigewalt, die sie sich vor dem braunen Haus angemasst haben.

Eine finstere Afrika-Geschichte.

Vor einiger Zeit wurden im "Völkischen Beobachter" SA-Leute gesucht, die sich einer nationalsozialistischen Expedition nach dem Tanganjikasee in Ostafrika anschliessen sollten. Wir haben uns erlaubt, seinerzeit die Frage zu stellen: Was will die SA am Tanganjika? Die Angelegenheit aber blieb dunkel und sie scheint inzwischen noch dunkler geworden zu sein, denn jetzt lesen wir im "Völkischen Beobachter" die folgende Verlautbarung der Herren Hitler und Röhm, die in allen Hakenkreuzblättern nachgedruckt werden muss:

"Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Oberste SA-Führung mit der geplanten Reise des Herrn Paul Hiller nach Afrika, zu der er SA-Leute als Teilnehmer wirbt, nicht das Mindeste zu tun hat. Diese Reise kann in keiner Weise parteiamtlich gefördert werden. Ich mache besonders auf das Risiko aufmerksam, das jeder Teilnehmer für sich zu tragen hat. Die Erlaubnis zum Tragen von SA-Uniform oder sonstiger Parteikleidung kann nicht erteilt werden, ebensowenig die Veranstaltung von Geldsammlungen. Die Veranstaltung der Reise ist ein reines Privatunternehmen."

Wenn man sich erinnert, dass die Teilnehmer zur Reise vor nicht allzu langer Zeit im "Völkischen Beobachter" selbst gesucht wurden, so muss man sich ernstlich fragen, was sich hinter dieser dunklen Angelegenheit verbirgt. Für wen sollten hier Söldlinge und Landsknechte gemietet werden, welcher Menschenhandel verbirgt sich hinter dieser Reise, für die jetzt die Hitler und Röhm die Verantwortung abschütteln wollen? Stinkt die Angelegenheit so sehr, dass man selbst im braunen Haus nichts damit zu tun haben will oder ist man sich nur über die Bedingungen des Menschenhandels nicht einig geworden? Mehr denn zuvor muss man sehr ernstlich fragen: Was sollte die SA am Tanganjika?

„Aus aller Welt“

Das Himmelskino.

Der Aether als riesige Filmleinwand - "Micky-Maus" von oben.

SPD. In einem Hinterhof des "Schlesischen Viertels" im Berliner Südosten versammelt sich um 10 Uhr abends ein kleiner Kreis von Technikern und Reklamefachleuten aus verschiedenen Gegenden des Reiches. Man wartet, bis der helle Sommerabend zur Nacht wird und die Vorführung einer neuen Erfindung gestattet. Inzwischen erzählt der Erfinder, der junge Dr. Mannheimer aus Frankfurt/Main, die Entstehungsgeschichte seines merkwürdigen Apparats.

Der Wolkenprojektor.

Dr. Mannheimer, seines Zeichens Physiko-Chemiker, ging als einer der jüngsten Soldaten im letzten Kriegsjahr an die Front. Täglich beobachtete er die grossen Scheinwerfer, die den Himmel nach Fliegern absuchten und helle kreisrunde Flecke auf die Wolken zeichneten. Dies war die erste Anregung zu Versuchen, die er vor anderthalb Jahren begann. Es schwebte ihm die Konstruktion eines Projektionsapparats vor, der imstande war, Schriften und Bilder auf die Wolken zu werfen. Eine grosse Zahl anderer Techniker hat dieses Problem zu lösen versucht, keinem ist es restlos gelungen: alle bisherigen Konstruktionen waren ungeheuer kostspielig, die Apparate hatten riesenhafte Dimensionen und waren in der Praxis so gut wie unverwendbar. Zudem war das projizierte Schriftbild meist schwach und unleserlich. Wollte man einen derartigen Apparat nach den üblichen Projektionsmethoden bauen, so hätte er 40 bis 50 Meter lang sein müssen! Es galt also neue Wege zu finden. Unter grossen finanziellen Schwierigkeiten baute Dr. Mannheimer die ersten Modelle seines Wolkenprojektors. Die Versuche fielen günstig aus, und eine Berliner technische Firma liess den Erfinder nach der Reichshauptstadt kommen, wo er weiterarbeitete und seine Konstruktion vervollkommnete. - -

Belsazars Flammenschrift, Ausgabe 1931.

Als der Frankfurter Erfinder seine autobiographische Skizze beendet hatte, ist es dunkel geworden. Auf ein Zeichen Dr. Mannheimers fängt ein Dynamo an zu summen. Kabel führen zu einem kleinen Apparat, der im Hof steht; er ist aus zwei tonnenartigen Gehäusen zusammengesetzt und auf ein Fahrgestell montiert. In dem einen Gehäuse beginnt nach einem kleinen Handgriff des Monteurs eine Bogenlampe zu zischen - und im gleichen Augenblick stehen vier Schriftzeichen über dem Hof am Himmel, hell wie ein Filmbild auf der Kinoleinwand, mit schärfsten Konturen, lesbar im Umkreis von vielen Kilometern. Ein zweiter Handgriff - und die Schrift wandert rund um den Horizont. Belsazar mag über die Mene Tekel-Flammenschrift nicht verblüffter gewesen sein, als die gegen Ueberraschungen recht abgehärteten Reklameleute über diese himmlischen Buchstaben. Noch niemals ist es bisher gelungen, Zeichen von derartiger Eindringlichkeit auf den Himmel zu projizieren; selbst die Wirkung der himmelschreibenden Flieger, die vor einigen Jahren eine Sensation bedeuteten, muss dagegen verblassen.

Ein "winkliges" Geheimnis.

Mit ausserordentlicher Einfachheit hat Dr. Mannheimer das schwierige Problem gelöst. Der Apparat enthält nichts als eine starke Bogenlampe, eine kaum zweifingerlange Schablone der zu projizierenden Buchstaben, sowie eine Anzahl verschieden gebogener Spiegel, die in bestimmten Winkeln angeordnet sind - und hier scheint der einzige "Trick" des Erfinders verborgen zu sein, den er natürlich nicht verrät. Die Schrift die wir sahen, wurde mit nur 70 Volt und 110 Ampère, aber in einer Lichtstärke von 500 Millionen Kerzen auf die 800 Me-

ter hohen Wolken projiziert; jeder Buchstabe war 70 Meter gross. Durch entsprechende Aenderungen in der Apparatur ist jede Wolkenhöhe verwendbar; selbst auf die höchsten und feinsten Cirruswolken, die 10 000 Meter über dem Erdboden schweben, lassen sich die Buchstaben leicht und deutlich werfen.

Loreley plus "Micky-Maus".

Das soll aber, wie Dr. Mannheimer sagt, alles nur ein Anfang sein. Diese Erfindung scheint ungeahnte Möglichkeiten zu erschliessen. Der Apparat kann nämlich auch Filmbilder auf die Wolken projizieren, bewegte Kinoszeneen könnten so Tausende von Metern über unseren Köpfen lebendig werden. Allerdings besteht nicht die Möglichkeit, andere als schwarzweisse Bilder ohne Zwischenschattierung zu "senden", also das, was man unter Zeichentrickfilmen versteht. Ein normaler Zelluloidfilm ist nicht verwendbar, da er durch die ungeheure Hitze der Bogenlampe sofort entzündet würde. So muss jedes einzelne Filmbildchen in ein Metallband gestanzt werden, das vor der Bogenlampe vorbeigeführt wird. Es ist aber ohne weiteres möglich, etwa einen Micky Maus-Film in diesem Wolkenkino vorzuführen - die Premiere wird in rund 2 Monaten stattfinden! Bis zu diesem Zeitpunkt hofft der Erfinder seinen Apparat noch wesentlich verbessern zu können. Er will die Stärke des projizierten Lichts auf das Vierfache, also auf 2 Milliarden Kerzen erhöhen. Wenn man die enorme Helligkeit gesehen hat, mit der der Apparat bereits heute schon arbeitet, so erscheint diese Behauptung des Erfinders kaum glaublich. Die Projektoren sollen, wenn sie der breiten Öffentlichkeit vorgeführt werden, auf Lastautos, Hausdächer und Motorboote montiert werden. Auch ausserhalb Berlins wird der Apparat zu sehen sein; es ist geplant, ihn auf ein Schiff zu verladen und damit den Rhein hinunter zu fahren - falls es die Wasserpolizei gestattet. - Was wohl die Loreley dazu sagen wird -?!

Moderne Romantik...

Der hauptsächlichste Verwendungszweck der Mannheimer'schen Erfindung ist natürlich die Reklame. Hier ist eine aussergewöhnlich wirksame und billige Reklamemöglichkeit geschaffen worden. Aber von nüchterner geschäftlicher Kalkulation abgesehen - auch der Phantasie ist weitester Spielraum gegeben. Nur zu bedenken, dass man eines Abends am Fenster sitzt, während hoch oben am Nachthimmel die Micky-Maus ihr köstliches Spiel beginnt....

E.

+ + +

Leipzig mahnt!

Ein Film vom Sozialdemokratischen Parteitag.

SPD. Im Berliner Parteihaus der Sozialdemokratie zeigte am Donnerstag der Film- und Lichtbilddienst, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 einen Werbefilm, den er aus Anlass des Parteitages im Auftrage der sozialdemokratischen Partei hergestellt hat. Der Film ist lebendig und eindrucksvoll, sodass er den Anhängern der Partei bei der intensiven Werbung für die Sozialdemokratie in Stadt und Land sicher wertvollste Hilfe leisten wird. Der Film beginnt mit dem gewaltigen Aufmarsch der 160 000 anlässlich der Parteitagseröffnung am 30. Mai. Wir erleben noch einmal das einzigartige Versammlungsbild einer unübersehbaren Menge, die später trotz strömenden Regens, trotz Donner und Blitz stundenlang durch die Strassen zieht, um am Volkshaus ihren Führern zuzujubeln. Dann folgt die Eröffnungssitzung des Parteitags, in der Otto Wels seine temperamentvolle und stürmisch begrüßte Eröffnungsrede hält. Weiter marschieren die Referenten des Parteitags auf. Wir sehen Tarnow sprechen. Geschickte Bilder illustrieren plastisch den Inhalt seines grundlegenden Referats. Auf der Leinwand malt sich Tarnows leidenschaftliche Anklage gegen den Kapitalismus ab, Bilder von stillgelegten Fabriken, von der unerträglichen Not der Arbeitslosen ziehen an uns vorüber, wir erleben den Widersinn des Kapitalismus, zum Bersten ge-

füllte Läger auf der einen und die Unmöglichkeit des Absatzes auf der andern Seite.

Und so geht es eindringlich weiter, Bild an Bild. Breitscheid spricht. Der Irrsinn der faschistischen Ideologie wird aufgezeigt, Kampf den faschistischen Hausknechten des Kapitals ist die Parole der Stunde. Im Gegensatz dazu sieht man die schöpferische Arbeit des Sozialismus im Reich, in Ländern und Gemeindef. Der Jugend klingt der mahnende Ruf zur Sammlung in der grossen Arbeiterpartei entgegen, wir sehen Aufnahmen der Delegierten, die Vertreter der ausländischen Bruderparteien und Otto Wels bei seiner Schlussansprache, in der er den Delegierten und den Millionen draussen die leidenschaftliche Parole in ihre Herzen brennt: Wo bleibt der zweite Mann. "Und nun hinaus zu neuen Kämpfen."

Den verstorbenen Senior der Partei Wilhelm Bock sieht man, wie er zum letzten Male der grossen Sache der Arbeit dient, kurze Zeit vor seinem Tode.

+ + +

Kumpels Schicksal. Auf der Zeche "Bergmannsglück" in Buer (Westfalen) gerieten zwei Bergknappen beim Schichtwechsel unter herabstürzende Gesteinsmassen. Die Verunglückten konnten trotz sofort angestellter Bergungsarbeiten nur tot geborgen werden.

+ + +

Der Mord an einer Siebenjährigen. In Wesermünde begann vor dem nach dort verlegten Verdener Schwurgericht der Prozess gegen den Lustmörder Hermann Kümme, der am 21. August 1930 die 7jährige Ingeborg Bopp vorsätzlich getötet hatte. Der Angeklagte, der sich vollkommen gleichmütig verhält, und die Tat leugnet, wird von zahlreichen Zeugen, u.a. zwei kleinen Mädchen, belastet. Als besonderes Beweisstück gilt eine blutige Hose, die bei dem Angeklagten bei einer Haussuchung gefunden wurde. Kümme ist u.a. wegen Sittlichkeitsverbrechen mehrfach vorbestraft. Zu dem Prozess, für den mehrere Tage vorgesehen sind, sind sechs Sachverständige geladen.

+ + +

Flugzeugabsturz. Auf dem Flugplatz Hamilton (Ontario, USA) stürzte ein Flugzeug ab. Fünf Insassen wurden getötet.

+ + +

Kneipenschlacht. Ein grösserer Trupp Hitlerleute überfiel in der Nacht zum Donnerstag ein Verkehrslokal der Stennesleute in Berlin-Charlottenburg. Das "Ueberfallkommando" Hitlers, das sich stark in der Ueberzahl befand, ging mit Schlagringen und Biergläsern gegen die Stennesleute vor, die sich mit Stuhlbeinen und Tellern zur Wehr setzten. Im Verlauf dieser sehr handgreiflichen Diskussion über den besten Weg, möglichst schnell ins "Dritte Reich" zu gelangen, wurde die gesamte Einrichtung des Lokals zerstört. Die Stennesleute hatten mehrere erheblich Verletzte zu verzeichnen. Die alarmierte Schutzpolizei nahm 15 Stennes- und 16 Hitlerleute fest. Die Hitleristen hatten sich zum Teil in ein Hakenkreuzlerverkehrslokal am Tegeler Weg geflüchtet, das von der Polizei daraufhin nach Waffen durchsucht wurde.

+ + +

Flugunfall auf dem Bodensee. Ein von der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin gechartertes Junkersflugzeug, das auf dem Bodensee u.a. meteorologische Messungen vornehmen sollte, geriet am Donnerstag bei Manzell in einen Gewittersturm und wurde völlig zerstört. Einem Motorboot gelang es, die drei Mann starke Besatzung im letzten Augenblick zu retten.



Schreiendes Unrecht.

Grosspensionen und Gehaltskürzung.

SPD. Die schlimmsten Stellen der Notverordnung sind die, wo offenkundig Unrecht verordnet worden ist. Unrecht aus Not? Das Volk versteht das nicht. Es versteht, dass eine Regierung aus Not schliesslich sogar Not verordnet. Es versteht, dass Opfer nötig sind. Dass über Unrecht den Staat retten soll - das ist eine ganz neue Weisheit. Zu diesem Unrecht gehört vor allem die Schönung der Grosspensionäre - selbst dort, wo der Tisch ohnehin gedeckt ist. Von den unteren Beamtengruppen und ebenso von den Beziehern kleiner und kleinster Pensionen und Witwenrenten, sowie von dem nichtbeamteten Volksteil wird es nicht verstanden, dass die rigorose Kürzung der Gehälter, die in den unteren Gruppen sich prozentual stärker auswirken als oben, als verfassungsmässig erklärt wird, während eine über diese Kürzung hinausgehende Erfassung der hohen Pensionen in den Fällen, wo ihre Bezieher durch privates Eigentum ihren Lebensunterhalt reichlich und überreichlich sichergestellt haben, plötzlich verfassungswidrig sein soll.

Der Reichsarbeitsminister hat erklärt, eine Sondersteuer auf die hohen Pensionen sei nicht möglich, weil sie gegen die Reichsverfassung verstosse und deswegen von den Gerichten für ungültig erklärt werde. Der Minister mag damit Recht haben. Regelung durch ein Gesetz? Dauert zu lange. Ist also jede Möglichkeit zur Anrechnung privaten Einkommens auf hohes arbeitsloses Einkommen aus öffentlichen Mitteln verbazt? Keineswegs. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit. Auf sie macht der freigewerkschaftliche Beamtenführer Reichstagsabgeordnete Dr. Völter den Reichsarbeitsminister soeben in einem Offenen Brief aufmerksam. Mit dieser dritten Möglichkeit könnte man und zwar mit sofortiger Wirkung dem Problem beikommen.

Dr. Völter verweist auf zwei Urteile des Reichsfinanzhofes vom 15. Januar und vom 25. März dieses Jahres. Durch diese beiden Urteile wird die Gehaltskürzung der Beamten gerechtfertigt, sodass es für den von der Kürzung betroffenen Beamten, nachdem diese Urteile ergangen sind, kein Rechtsmittel mehr gibt, um etwa die Kürzung seiner Bezüge abzuwehren. Wenn sich die Reichsregierung, wie angenommen werden muss, die Gedankengänge dieses Urteils zu eigen macht, dann wäre damit ein Weg gegeben, um die nötige beschleunigte Erfassung der neben hohen Privateinkommen bezogenen hohen und höchsten Pensionen durchzuführen.

In den erwähnten Urteilen wird ausgeführt, es sei zweifelhaft, ob eine allgemeine gleichmässige Herabsetzung der Beamtengehälter in die wohlerworbenen Rechte der Beamten eingreife, solange sich diese Herabsetzung in den Grenzen halte, die durch Gewährung eines standesgemässen Lebensunterhaltes gezogen sind. Selbst wenn man - das ist besonders beachtlich - ein wohlerworbenes Recht der Beamten auf die ihnen einmal durch Gesetz zugesprochenen Gehälter anerkennen wolle, dann dürfe doch nicht übersehen werden, dass dieses Recht in der Pflicht des Beamten seine Schranken finde, dem Reiche und Staat nach Massgabe seiner Kräfte zu dienen. Diese Pflicht bringe es mit sich, dass der Beamte in Zeiten einer allgemeinen, im öffentlichen Haushalt in stärkster Weise in Erscheinung tretenden Notlage auch wirtschaftliche Opfer auf sich nehmen müsse. Das Recht der Beamten auf Fortgewährung der Bezüge in der einmal festgesetzten Höhe höre dann auf, ein wohlerworbenes Recht zu sein, wenn die Staatsnotwendigkeit, auf die Rücksicht zu nehmen wesentliche Pflicht der Beamtenschaft sei, ein

Zurücktreten dieses Rechtes erfordere. Die Grenze für dieses Zurücktreten liege in dem Anspruch auf Gewährung eines standesgemässen Unterhaltes.

Diese Auffassungen geben, insoweit sie sich mit der Auffassung der Reichsregierung über die Zulässigkeit der Gehaltskürzung decken, nach der Auffassung Dr. Völters durchaus die Möglichkeit, mit der selben Begründung die vom Volksempfinden geforderte Anrechnung hohen Privateinkommens auf die hohen Pensionen vorzunehmen. Dem Volke könne doch wohl nicht klargemacht werden, dass das Kriterium der Verfassungsmässigkeit in der Höhe des zur Anwendung kommenden Prozentsatzes der Kürzung liege. "Wenn 13 und mehr Prozent Gehalts- oder Pensionskürzung unter sich mit der Verfassung nach Auffassung der Regierung widerspruchslos vereinbaren lässt, dann kann eine Vorschrift wohl kaum verfassungswidrig sein, der zufolge beim Vorhandensein eines über einer bestimmten Grenze liegenden Privateinkommens beispielsweise 20, 30 oder mehr Prozent einer hohen Pension so lange ruhen, als der Empfänger dieser Pension das betreffende Privateinkommen bezieht."

Wir sind gespannt, was der Reichsarbeitsminister auf diese Darlegungen erwidern wird. Auch der Reichsarbeitsminister will das Unrecht der Nötverordnung beseitigt haben. Er hat bis jetzt nur in der Frage der Grosspensionen keinen Weg dazu gesehen. Hier ist ein Weg.

"SPD." "Bist Du der Letzte? - Ich stehe hinter Dir!" Diese beiden Sätze hört man zurzeit im sowjetrussischen Arbeiterparadies auf Schritt und Tritt; denn überall muss die Bevölkerung Schlange stehen, wenn sie irgend ein für das tägliche Leben notwendigen Gegenstand kaufen will. Man stellt sich, so schreibt ein Moskauer Mitarbeiter des "Advance", des Organs der amerikanischen Herrenkonfektionsarbeiter, ohne viel Umstände irgendwo an, wo man das Ende der Schlange vermutet. Dann fragt man den Nachbar, ob er der Letzte sei. Erst nach dieser Frage fragt man ihn, um was er den eigentlich ansteht, was hier verkauft wird. Wahrscheinlich weiss er es selbst nicht. Aber das macht nichts. Er antwortet: "Wenn hier eine Schlange steht, gibt es etwas zu verkaufen. Und wenn es etwas zu verkaufen gibt, soll man zugreifen, selbst wenn man es nicht sofort braucht; man wird es morgen brauchen, und dann wird es nicht mehr zu haben sein!"

"Eines Tages ging ich", so schreibt der Gewährsmann des "Advance", "durch die Strassen mit einem Kleidungsstück über dem Arm und einem anderen über der Schulter. Eine Frau kam daher: "Verkauft Du den Rock?" "Nein". "Hast Du ihn eben gekauft?" "Nein." Wenn ich ja gesagt hätte, wäre die nächste Frage gewesen: "Wo hast du ihn gekauft? Kann man da noch einen bekommen?" Heute lautet die Frage in Moskau nicht: "Wie teuer?", sondern: "Wo kann man kaufen?"

Wenn man heute - so schliesst das Stimmungsbild des "Advanci" - jemand findet, der bereit ist, für eine Schlange zu stehen, kann man sich glücklich schätzen; denn wie soll man sonst zu etwas kommen? Muss man auf die Arbeit, dann braucht man das bisschen freie Zeit zum Anstehen, um von irgendeinem Verkehrsmittel mitgenommen zu werden. Auch da geht die Beförderung der Reihe nach. Will man mitkommen, muss man sich hinten anstellen und sofort den Vordermann fragen: "Bist Du der Letzte?" Und hat man einen freien Tag, dann braucht man nichts anderes zu tun, als sich anzustellen.

Ein sauberes Paradies, in dem man genau wie bei uns während der Kriegszeit zwischen Hunger und Arbeit rennen muss, um sich irgendwo, wo es irgend etwas gibt, anzustellen. Schlange stehen - das ist die Erholung des russischen Proleten.

SPD. Der Niederländische Landarbeiterverband hat jetzt seinen Tätigkeitsbericht für 1929/30 veröffentlicht. Die Zahl der Mitglieder stieg in der Berichtsperiode von 8 300 auf 16 000. Die grösste Zunahme - zirka 212% - entfiel auf das Katholische Zeeland; die Provinzen Groningen, Gelderland, Nordbrabant und Nord-Holland weisen 100 Prozent und mehr Zunahme auf; in Friedland betrug sie 74%. Der Verband zerfällt in vier Fachgruppen: Landarbeiter, Moorarbeiter, Gärtner und Molkereiarbeiter. Am stärksten ist die Gruppe der Landarbeiter mit 11 000 Mitgliedern.

Mit Rücksicht auf die Agrarkrise wurde, wie der Bericht mitteilt, im November des vergangenen Jahres mit den Arbeitgeberverbänden in der Lohnfrage eine Art Burgfrieden vereinbart.

SPD. Der Magistrat der Stadt Hannover kann auch nur am verkehrten Fleck sparen. Er hat, um das Defizit von 12½ Millionen zu verkleinern, die Richtsätze für Wohlfahrtsunterstützung um 10% gesenkt. Gleichzeitig hat der Bezirksausschuss eine neue Getränkesteuer von 10% eingeführt.

Am Theateretat, der über 2 Millionen Zuschuss erfordert, soll anscheinend nicht gespart werden. An die Tantiemen für Betriebsdirektoren, deren Kürzung die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion forderte, getraut er sich auch nicht heran. Im Gegenteil: in einem Fall hat er sogar die Tantiemen erhöht. -

Sicherlich gibt es in so mancher Kommune auch Möglichkeiten zu Einsparungen am rechten Fleck. Allein damit ist das Problem der Wohlfahrtsunterstützung nicht gelöst, weil die Frage des Defizits der Gemeinden noch immer ein ungelöstes Rätsel ist. Will man die Gemeinden ihrem Schicksal überlassen? Der Zusammenbruch der Wohlfahrtsunterstützung wäre dann unvermeidlich.

SPD. Dem Vorstand des Deutschen Baugewerksbundes wurde vom Anhaltischen Staatsministerium mitgeteilt, dass es sich auf den Antrag des Bundes hin entschlossen hat, die Bauämter des Staates Anhalt anzuweisen, bei Bauarbeiten in eigener Regie die 40-Stunden Woche einzuführen und bei Bauaufträgen an private Unternehmer diesen die Durchführung der 40-Stunden-Woche zur Pflicht zu machen. Darüber sei den Kreis- und Kommunalverwaltungen sowie den hauptstädtischen Magistraten von diesem Beschluss Kenntnis gegeben worden mit dem Ersuchen, bei der Vergebung von Bauaufträgen in gleicher Weise zu verfahren.

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat einen Entwurf einer Durchführungsverordnung für den freiwilligen Arbeitsdienst ausgearbeitet. Am Donnerstag hat der Vorstand der Reichsanstalt zu dem Entwurf Stellung genommen. Am Freitag in acht Tagen wird sich der Verwaltungsrat mit den Vorschlägen des Ministeriums beschäftigen. Eine ganze Reihe von Fragen sind noch zu klären, und es ist daher kaum anzunehmen, dass der Entwurf des Ministeriums so bleibt, wie er im Augenblick aussieht.



Die Textilindustrie.

Abnahme der Kurzarbeit statt Neueinstellungen.

SPD. Die Wiederbelebung der Textilindustrie findet einen starken Ausdruck im Ansteigen der Ziffern der Vollbeschäftigten. Nach einer Statistik des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ist diese Ziffer von 33,6 Prozent der Verbandsmitglieder gegen Ende Januar auf 43,9 Prozent gegen Ende Mai gestiegen. Freilich gab es in der deutschen Textilindustrie Mitte Mai noch etwa 184 000 Beschäftigungslose gegen 202 000 im Februar. Dieser Rückgang ist ganz unzulänglich. Die Statistik des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes zeigt ebenfalls, dass die Prozentzahl der in diesem Verband organisierten beschäftigungslosen Textilarbeiter von 22,6 im Januar auf nur 21,8 Prozent im Mai zurückgegangen ist. Das beweist, dass zunächst die Arbeitszeit der Kurzarbeiter heraufgesetzt wird, bevor man zur Einstellung von Arbeitslosen übergeht. Sofern Arbeit vorliegt, wird erst die Arbeitszeit wesentlich erhöht. Dieser unverständlichen Politik sollte möglichst bald durch eine gesetzliche Regelung ein Ende gemacht werden.

Wenn auch die Beschäftigung innerhalb der einzelnen Branchen noch nicht völlig einheitlich ist, so ergibt sich doch im grossen und ganzen ein befriedigendes Bild, d.h. befriedigend im Vergleich zu den düsteren Monaten, die hinter uns liegen. In einzelnen Zweigen und Bezirken herrscht sogar lebhaftere Beschäftigung.

In der Baumwollweberei sind keine nennenswerten Veränderungen eingetreten, Entlassungen sind kaum erfolgt, ja, in einer Anzahl Betriebe steigerten sich die Aufträge. So ist die sächsische Industrie stark mit der Herstellung von Badeartikeln beschäftigt. Süddeutsche Webereien stellen sogar einen traurigen Rekord hinsichtlich der Arbeitszeit auf. So verzeichnet ein Betrieb in Unterlauchringen, in dessen Betriebsrat die sogenannte Revolutionäre Gewerkschaftsopposition dominiert, 11 Stunden tagliche Arbeitszeit. Da man Sonnabends 6 Stunden arbeitet, kommt eine Wochenstundenzahl von 61 Stunden heraus!

Auch in der Baumwollspinnerei finden wir eine bessere Lage vor, Im Leipziger Bezirk lag sogar ein starker Bedarf an geübten Fachkräften vor. In Süddeutschland wurde dagegen eine grosse Spinnerei stillgelegt; jedoch steigerte sich bei anderen Werken in diesem Bezirk die Zahl der Aufträge.

In der Wollindustrie ist die gute Konjunktur der Wollkämmereien hervorzuheben. Günstig ist auch die Lage in den Kammgarnspinnereien. Es sind nur einzelne Betriebe bzw. Abteilungen, die unwesentlich verkürzt arbeiten. In der Herrenstoffweberei lässt sich ebenfalls noch ein guter Auftragseingang feststellen, zum Teil hat man auch noch längere Zeit an der Ausführung aller Bestellungen zu tun. Uneinheitlicher ist das Bild in der Damenstoffweberei; hier sind es die sächsisch-thüringischen Webereien, die über unbefriedigenden Auftragseingang klagen. Hier und da werden Doppelschichten eingerichtet, während andere Betriebe wieder anfangen, neue Muster herzustellen. Noch schlechter sieht es in der Teppich- und Möbelstoffbranche aus, in der Kurzarbeit stark verbreitet ist.

Gut, fast sehr gut ist die Seidenindustrie beschäftigt. Wo noch Kurzarbeit besteht, nimmt sie stetig ab. Leider werden auch hier viele Ueberstunden eingelegt. Im Viersener Gebiet wird schon in Doppelschichten gearbeitet. In

ebenso guter Lage befinden sich die Krefelder Samtwebereien. Ähnlich ist die Beschäftigung in den Kunstseide verarbeitenden Fabriken, obwohl es hier zwischen den einzelnen Betrieben Unterschiede gibt. Bei Bemberg im Wuppertal arbeiten die Textilabteilungen zwischen 45 und 48 Stunden. In M.-Gladbach-Rheydt finden wir eine Arbeitszeit zwischen 24 und 48 Stunden.

In der Leinenindustrie stieg zwar die Zahl der Aufträge; dennoch nahm die Arbeitslosigkeit noch zu. Dieselbe Bewegung war auch in der Juteindustrie zu beobachten.

Wirkerei und Strickerei weisen noch ein uneinheitliches Bild auf. Einige Bezirke in Mitteldeutschland konnten noch Einstellungen vornehmen; in Apolda jedoch kamen Entlassungen vor. In der Trikotagenbranche sind nur die Betriebe, die Handschuhe herstellen, besser beschäftigt. Schlecht beschäftigt war auch die Stickerei. In den Stoffdruckereien sind, infolge von Modeströmungen, die Aufträge ausreichend.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut hat eine Erhebung über die Kosten des Warenabsatzes durch Reisende und Vertreter durchgeführt. Danach ergibt sich, dass die Spesen der Reisenden und Vertreter von der Grösse der erzielten Umsätze nahezu unabhängig sind. Im Lebensmittelhandel machen bei einem Umsatz je Reisetag von 800 Mark die Kosten - 8 Mark pro Tag - nur etwa 1 Prozent des Umsatzwertes aus. Hingegen fallen bei dem erheblich niedrigeren Umsatz von 200 Mark pro Tag im Handel mit Büro- und Papiermaterial die Kosten von 11 Mark pro Reisetag mit 4,2 Prozent viel stärker ins Gewicht. Die Erhebung ist im Jahre 1930 durchgeführt und die rückläufige Konjunktur wird selbstverständlich den Anteil der Kostenbelastung am Gesamtumsatz in die Höhe getrieben haben.

Die Platzumsätze der Platzvertreter sind im allgemeinen erheblich kleiner als die der Reisenden. Die anteilmässige Kostenbelastung ist aber bei den Platzvertretern geringer. Selbstverständlich ist hier eine Vergleichung angesichts der verschiedenen Voraussetzungen nur bedingt möglich.

Von Interesse sind die Angaben über die Arbeitszeit. Von 305 Arbeitstagen im Jahre 1930 haben die berichtenden Reisenden und Vertreter im Durchschnitt 250 Tage zur eigentlichen Verkaufstätigkeit verwendet. Selbstverständlich ergeben sich zwischen den einzelnen Branchen erhebliche Unterschiede. In der Zeit zwischen den Reisen ist der "Handlungsgehilfe" in der Regel im Betriebe seiner Firma tätig. Die selbständigen Vertreter haben aber oft tatsächliche Arbeitspausen, besonders dann, wenn der Wohnort nicht mit dem Sitz der Firma zusammenfällt. Diesen Arbeitspausen steht eine verhältnismässig lange Arbeitszeit von durchschnittlich 11 Stunden an den Reisetagen gegenüber. Von dieser Arbeitszeit entfallen im Durchschnitt etwa 4,5 Stunden auf die eigentlichen Verkaufsverhandlungen. Der Rest wird durch Reisen, Warten, Berichterstattung usw. ausgefüllt.

SPD. Die Reichsbank ist über den kritischen Halbjahrstermin (Juniultimo) hinweggekommen, ohne die Deckungsgrenze zu unterschreiten.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen ist dabei von 40,4 Prozent in der Vorwoche um 0,3 Punkte gesunken und liegt damit nur um ein Geringes über der Deckungsgrenze von 40 Prozent. Dabei hat aber die Reichsbank ihren von ausländischen Noteninstituten zur Verfügung gestellten Währungskredit, der insgesamt rund 420 Millionen Mark ausmacht, mit etwa 320 Millionen Mark in Anspruch nehmen müssen. Trotz der Restriktion, die allerdings die Inanspruchnahme des Reichsbankkredits für den Halbjahrresultimo nur "milde" einschränken sollte, ist der von der Reichsbank gewährte Kredit um 520,9 Millionen Mark auf 3110,3 Millionen Mark gestiegen. Ende Mai ergab sich die Gesamtsumme von 2086,3 Millionen Mark. Die Handelswechsel und Schecks

stiegen um 228,9 Millionen Mark auf 2578,7 Millionen Mark (Ende Mai 1791,4 Millionen Mark) und die Lombardbestände um 218,5 Millionen Mark auf 355,2 Millionen Mark (Ende Mai 167,2 Millionen Mark). Während Ende Mai an Reichsschatzwechseln 25 Millionen Mark hereingenommen wurden, belief sich dieses Mal der Bestand an Reichsschatzwechseln auf 73,6 Millionen Mark.

Schon diese Zahlen geben eine Vorstellung von der Stärke der Anforderungen an den Reichsbankkredit. Das dürfte sich zum Teil eben durch den Halbjahrsultimo erklären, an dem sich die Zahlungsfälligkeiten häufen. Ende März (Vierteljahrsultimo) ergab sich eine ähnliche Steigerung. Der grundsätzliche Unterschied ist eben nur der, dass dieses Mal stark Auslandsgeld abgezogen wurde. Natürlich ist der von der Reichsbank gewährte Kredit für Ultimo Juni weit grösser als sie angibt, wie auch ihr Devisenverlust weit grösser sein muss, weil sich auf dem Konto sonstige Wechsel und Schecks Devisenabzüge und Kreditgewährung zum Teil ausgleichen. Es ist anzunehmen, dass die gesamte Steigerung des Reichsbankkredits in der vierten Juniwoche rund 840 Millionen Mark beträgt.

Den Anforderungen konnte die Reichsbank, wie bereits gesagt, nur mit Hilfe des ausländischen Währungskredits genügen. Nach dem Ausweis der Reichsbank haben sich die Dinge so gestaltet, dass sich die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen für Ende Juni um 216,9 Millionen Mark auf 1720,7 Millionen Mark erhöhten. (Ende Mai 2576,5 Millionen Mark). Im einzelnen haben die Goldbestände um 9,9 Millionen Mark auf 1421,1 Millionen Mark zugenommen. Es handelt sich dabei um den Ankauf von Russengeld. Der russische Staat befindet sich in einer dauernden Devisenkalamität. Die Bestände an Deckungsdevisen stiegen um 207 Millionen Mark auf 299,6 Millionen Mark. In dieser Steigerung kommt die Inanspruchnahme des Währungskredits zum Ausdruck. Wenn man den Ankauf des Russengeldes berücksichtigt, dürfte sich bei der Reichsbank immerhin für die vierte Juniwoche ein Verlust von rund 90 Millionen Mark an Devisen ergeben haben. Dazu dürfte für den Rest der laufenden Woche - am Freitag haben sich allerdings die Anforderungen an Devisen wesentlich verringert - ein weiterer Verlust kommen, der sicherlich über 100 Millionen Mark geht. Daraus ist der Schluss zu ziehen, dass die Reichsbank im Monat Juni etwa 1400 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren hat. Damit sind die Gold- und Deckungsbestände glatt halbiert worden.

Gegenüber der Furcht vor einer neuen Inflation, die vollständig unbegründet ist, muss auf den Zahlungsmittelumlauf verwiesen werden. Der Notenumlauf, Reichsbankscheine und Rentenbankscheine, hat sich mit etwa 4721 Millionen Mark auf der Höhe des Vormonats gehalten. Auch wenn man die zahlreicher in den Verkehr gegebenen Scheidemünzen berücksichtigt, ergibt sich gegenüber Mai keine Ausweitung des Zahlungsmittelumlaufs. Insgesamt waren Ende Juni über 5,98 Milliarden Mark Zahlungsmittel im Umlauf gegenüber 6,28 Milliarden Mark im Vorjahr. Die Tatsache, dass sich der Zahlungsmittelumlauf nicht erhöhte, sondern senkte, ist das beste Argument gegen die Inflationsfurcht.

Die Wirkungen einer Entwicklung, während der das Ausland binnen vier Wochen ein Drittel seiner Leihgelder abgezogen hat, die es im Laufe von fünf Jahren den deutschen Banken anvertraute, liegt jetzt mehr auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Reichsbank muss den zur Ueberwindung der Halbjahrsschwierigkeiten in Anspruch genommenen Währungskredit Mitte Juli bereits zurückzahlen. Das bedingt die schnellste Eintreibung der in der vierten Juniwoche gewährten Kredite. Der Druck wird sich über die Banken auf die Wirtschaft fortsetzen. Wie weit die Reichsbank zur Eintreibung der Kredite ihre Restriktionen verschärfen wird, hängt von der Entwicklung auf den Devisenmärkten ab.

SPD. Das Reichsstatistische Amt macht Mitteilungen über die Ausdehnung der Weizenanbaufläche, die ja im Rahmen der landwirtschaftlichen Rationalisierung eine besondere Rolle spielt. Danach sind im Deutschen Reich insgesamt 4,36 Millionen Hektar (ha) mit Roggen, 2,16 Millionen ha mit Weizen, 112 000 ha mit Spelz und Emer, 230 000 ha mit Wintergerste, 1,39 Millionen ha mit Sommergerste und 3,35 Millionen ha mit Hafer bestellt.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Roggenbau um 351 000 ha = 7,5 v.H. verringert, während der Anbau von Weizen um 378 000 ha = 21,2 v.H. zugenommen hat. Auch bei Gerste ist eine Vergrößerung der Anbauflächen eingetreten, und zwar bei Wintergerste um rund 33 000 ha = 16,7 v.H. und bei Sommergerste um 67 000 ha = 5,1 v.H. Dagegen ist der Anbau von Hafer um 85 000 ha = 2,5 v.H. und der von Spelz und Emer um 6 000 ha = 5,4 v.H. zurückgegangen.

Die Anbaufläche für Frühkartoffeln beträgt im ganzen 244 000 ha. Im Vergleich mit dem Vorjahre hat sich der Anbau um 7 000 ha = 3,1 v.H. vergrößert.

SPD. Die beteiligten preussischen Minister haben den Beschluss gefasst, dass bei der Teilung von Grosswohnungen, sofern die Schaffung von zwei oder mehreren kleinen Wohnungen vorgesehen ist, jetzt auch die der Hauszinssteuer entstammenden öffentlichen Wohnbaumittel zur Gewährung von Beihilfen in Anspruch genommen werden dürfen. Die Höhe der Beihilfe, die als verllorener Zuschuss anzusehen ist, soll 50 Prozent der reinen Umbaukosten nicht übersteigen, in keinem Falle über 1200 Mark bei Teilung in zwei und über 1800 Mark bei Teilung in drei kleine Wohnungen hinausgehen.

SPD. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat den Generaldirektor des Unternehmens ermächtigt, die aufgrund der Notverordnung einzuschränkenden Gehälter in Höhe von 40 Millionen Mark zusammen mit den 60 Millionen Mark aus dem Krisenfond der Reichsregierung voll zur Entlastung des Arbeitsmarkts zu verwenden. Durch zusätzliche Erneuerungsarbeiten sollen in den fünf kommenden Monaten 50 000 Arbeiter Beschäftigung finden, wobei auch Privatunternehmer herangezogen werden. Ueber die Ausdehnung dieses 100 Millionen Mark umfassenden Arbeitsprogramms auf das in der Notverordnung vorgesehene 200 Millionen Mark-Programm (Bestellung an die Eisenindustrie usw.) schweben noch Verhandlungen.

Ueber die Finanzlage der Reichsbahngesellschaft wird gesagt, dass die Einnahmen im Jahre 1930 auf 4 Milliarden Mark geschätzt werden gegenüber 5,4 Milliarden Mark im Jahre 1929. Dabei seien die Ausgaben auf allen Gebieten aufs stärkste gedrosselt worden. Selbst bei voller Entlastung der Reichsbahn von der Reparationssteuer sei die Sorge um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben keineswegs behoben.

SPD. Die starke Geldverknappung hat sich bereits im Mai auf das Real-kreditgeschäft ausgewirkt. Der Nettoabsatz an Pfandbriefen ging auf 36,5 Millionen Mark zurück und hat damit an Umfang gegenüber dem Vormonat um etwa zwei Drittel eingebüsst. Bei den Kommunalobligationen ist ein Rückgang von etwa 31 Millionen Mark auf 16 Millionen Mark festzustellen.

Weiterer Rückgang.

(Berliner Getreidebörse vom 2. Juli.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte ergaben sich am Donnerstag für beide Brotgetreidearten wieder Preisrückgänge, die sich auf etwa 2 bis 3 Mark beliefen. Auch im Handel mit effektiver Ware war die Stimmung merklich matter. Alter Weizen war verstärkt angeboten und konnte die Vortagspreise nicht mehr erzielen. Desgleichen ging alter Roggen bei sehr stillem Geschäft im Preise zurück. In Brotgetreide beider Arten aus neuer Ernte lag ebenfalls vermehrtes Angebot vor. Da aber nur geringe Kauflust herrschte, waren auch hier Preisverluste von etwa 2 Mark festzustellen. Mehl hatte sehr stilles Geschäft bei unveränderten Preisen! Hafer hatte matte Stimmung und verlor 5 bis 4 Mark.

	<u>1. Juli</u> (ab märkische	<u>2. Juli</u> station in Mark)
Weizen	269 - 271	265 - 266
Roggen	213 - 215	212 - 214
Futter- und Industrieroggen	178 - 198	175 - 198
Hafer	165 - 169	161 - 166
Weizenmehl	31,75-37,00	31,50-36,75
Roggenmehl	38,50-31,00	28,25-30,75
Weizenkleie	12,75-13,00	12,75-13,00
Roggenkleie	11,50-11,75	11,50-11,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen per Juli 267 - 262 (Vortag 268 $\frac{1}{2}$), September 230-227 $\frac{1}{2}$ (232), Oktober 230-229 Brief (233). Roggen Juli 191 $\frac{1}{2}$ -190 1/4 (193 $\frac{1}{2}$), September 183-182 (185), Oktober 183-182 $\frac{1}{2}$ (185 $\frac{1}{2}$). Hafer Juli 174-173 $\frac{1}{2}$ (175 $\frac{1}{2}$), September 149 $\frac{1}{2}$ -148 1/4 (151). Oktober 149 $\frac{1}{2}$ (152 1/4).

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 2. Juli.) a) Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 gr 9, über 60 g 8,25, über 53 g 7,25, über 48 g 6,50, frische Eier über 53 g 7, Eier 2. Sorte 5,50 - 7,50, aussortierte kleine und Schmutzeier 5,50. b) Auslandseier: Dänen 18er 9,50, 17er 8,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8, Schweden 18er 9,50, 17er 8,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8, Estländer 17er 8,50, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,50 - 7,75, leichtere 7, Holländer 68 g 9,75, 60-62 g 8,25-8,50, 57-58 g 7,75-8, leichtere 7,50, Belgier 68 g 9,75, 60-62 g 8,25-8,50, Litauer grosse 7-7,50, normale 6-6,50, Rumänen 6,25 bis 6,50, Russen grosse 6,50-6,75, normale 6,25, abweichende 5,50-6, kleine, Mittel, Schmutzeier 5-5,25. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziéhern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: Warm, Tendenz: Ruhig.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 2. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 118, II. Qualität 108, abfallende Sorten 94 RM. Tendenz: ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 49

Berlin, den 2. Juli 1931.

Zwangsvollstreckung.

SPD-Frau Müller ist in furchtbarer Aufregung. Eben war der Gerichtsvollzieher da und hat gepfändet: den einzigen Teppich, das Sofa, die gute Kommode. Dabei hat nicht mal Frau Müller die Schulden gemacht, sondern ihr Mann; voriges Jahr, als er noch die Stellung hatte, hat er sich Geld für seine Reise geborgt, und als er's jetzt nicht abzahlen konnte, wurde er verklagt, und nun wird gepfändet. Und was das Schlimmste ist, die schönen Sachen, auf die der Gerichtsvollzieher den Vogel klebte, hat Frau Müller in die Ehe gebracht; für jede Anschaffung hat sie lange gearbeitet und an jedem Stück ihre Freude gehabt, und nun soll alles weggeholt werden.

Ist nun der Frau zu helfen? Zum Glück kann man das bejahen. Der Gesetzgeber, der häufig genug die Nöte der kleinen Leute unberücksichtigt lässt, hat gerade die Zwangsvollstreckung ganz sozial ausgestaltet, so dass kein Grund zur Verzweiflung besteht. Wenn man helfen will, so ist zuerst einmal zu berücksichtigen, dass die Frau und nicht der Mann das Eigentum an den Möbeln hat. Durch die Ehe wird nämlich an den Eigentumsverhältnissen nichts geändert, wenn nicht etwa besondere vertragliche Bestimmungen vorliegen. Da Frau Müller, die die Möbel bereits vor ihrer Ehe erworben hatte, Eigentümerin geworden ist, so steht ihr auch jetzt das Eigentum zu. Im übrigen wäre sie auch dann Eigentümerin, wenn sie erst in der Ehe die Sachen von ihrem Arbeitsverdienst erworben hätte; ja, selbst wenn der Mann die Sachen gekauft und ihr dann geschenkt hätte, so hätte sie durch Schenkung das Eigentum daran erworben. Hierbei ist allerdings zu bedenken, dass derartige Schenkungen zwischen Ehegatten nur dann unanfechtbar sind, wenn sie mindestens zwei Jahre vor der Zwangsvollstreckung vollzogen sind. Man sieht also, dass die Ehefrau auf ganz verschiedenen Wegen Eigentümerin der Wohnungseinrichtung werden kann und dadurch vor den Zugriffen der Gläubiger des Mannes geschützt ist.

Die Frage ist nun, wie die Frau die zu Unrecht gepfändeten Sachen wieder frei bekommen kann. Zuerst ist es notwendig, dem Gläubiger von den Eigentumsverhältnissen eine Mitteilung zu machen; gibt er daraufhin die Sachen frei, so ist damit schon alles in Ordnung. Häufig aber ist der Gläubiger vom Rechte der Frau nicht zu überzeugen und lässt es zum Prozess kommen. Das ist der sogenannte Interventionsprozess, in dem die Frau nachweisen muss, dass sie die Eigentümerin der gepfändeten Sachen ist. Gelingt ihr der Nachweis, so wird alsbald die Einstellung der Zwangsvollstreckung angeordnet. Nun ist aber Frau Müller Ehefrau. Nach den heute geltenden, durchaus revisionsreifen Bestimmungen ist die Ehefrau in der Prozessführung gewissen Beschränkungen unterworfen, die sie kennen muss, wenn sie sich nicht die Durchführung des Prozesses unnütz erschweren will. So gilt z.B. die Bestimmung, dass die Frau über "eingebrachtes Gut" nicht verfügen darf und auch Prozesse, die sie darüber führen möchte, nur mit Zustimmung des Mannes führen kann. Die Frage ist nun: sind die Möbel eingebrachtes Gut? Das ist zu bejahen, wenn die Frau die Möbel in die Ehe gebracht oder vom Manne geschenkt bekommen hat. Es gilt jedoch nicht für den Fall, dass sie sie während der Ehe von ihrem Arbeitsverdienst angeschafft hat. In diesem letzten Falle könnte sie den Prozess ohne die Zustimmung ihres Mannes führen; in den beiden andern ist die Zustimmung erforderlich, gemäss § 1400 BGB. Wird die Zustimmung nicht eingeholt, dann weist das Gericht die Klage als

nicht ordnungsgemäss zurück. Daraus können Verzögerungen entstehen, die gerade bei den Interventionsprozessen höchst unangenehm werden können.

Wie ist es aber, wenn der Mann gerade um diese Zeit verreist oder krank ist? Dann braucht die Frau das nur glaubhaft zu machen und kann dann ohne Zustimmung des Mannes klagen. - Nun ist Frau Müller eine recht temperamentvolle Frau. Ihr graut vor den Formalitäten des Prozesses, und jetzt, da sie weiss, dass die Sachen garnicht der Pfändung unterliegen, tut es ihr sehr leid, dass sie den Gerichtsvollzieher überhaupt hereingelassen hat. Kräftig, wie sie ist, hätte sie ihn schon mit Gewalt von der Siegelung fernhalten können. Gut, dass sie das nicht getan hat. Denn wenn sie auch das Recht hat, vom Gläubiger die Freigabe ihres Eigentums zu fordern, so gibt ihr unser beamtenfreundliches Gesetz doch nie und nimmer das Recht, den Gerichtsvollzieher an der Ausübung seines wenig erfreulichen Amtes zu hindern. Wenn er den ordnungsmässigen Vollstreckungsauftrag hat, ihn nicht überschreitet oder auch sonst keinen Amtsmissbrauch begeht, wird sein Tun als rechtmässig angesehen, selbst wenn er Siegel auf Sachen klebt, die nicht zum Eigentum des Schuldners gehören. Man kann ja auch dem Gerichtsvollzieher nicht zumuten, dass er die häufig sehr komplizierten Eigentumsverhältnisse prüft und richtig beurteilt; daher ist es verständlich, dass ein Irrtum, der ihm hierbei unterläuft, seine Handlung nicht gleich zu einer unrechtmässigen macht. Handelt aber der Gerichtsvollzieher in rechtmässiger Ausübung seines Amtes, so wird derjenige, der ihm dabei Widerstand leistet oder ihn tätlich angreift, mit Gefängnis von 14 Tagen bis zu zwei Jahren bestraft. Durch mildernde Umstände kann zwar die Strafe herabgesetzt werden; da aber unsere Gerichte auf den sogenannten "Widerstand gegen die Staatsgewalt" häufig sehr scharf sind, so ist mit diesen Milderungen nicht so einfach zu rechnen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Frau Müller kann Eigentümerin der Wohnungseinrichtung sein, entweder weil sie sie in die Ehe als ihr Eigentum mitgebracht hat, oder weil sie sie während der Ehe von ihrem Mann oder einem andern geschenkt bekommen hat, oder weil sie sie in der Ehe von ihrem Verdienst erworben hat. Frau Müller kann wegen Freigabe ihres Eigentums intervenieren; im Fall eins und zwei ist die Zustimmung des Mannes dazu erforderlich, im Fall drei nicht. Niemals aber darf sie, auch wenn sie von ihrem Rechte noch so sehr überzeugt ist, dem Gerichtsvollzieher körperlichen Widerstand entgegensetzen. Vor der Freigabe ist auch eine Entfernung der Siegel unzulässig; es steht darauf Geldstrafe oder Gefängnis bis zu 6 Monaten.

Die spanische Frau.*

Von unserm Madrider Korrespondenten.

SPD. Die Schönheit der spanischen Frau, das Feuer ihres Temperamentes sind in allen Sprachen besungen worden. Ueber alle Bühnen der Welt ging "Carmen", die Oper von der Sevillaner Zigeunerin. Hunderte von Millionen haben sich nach ihrer Gestalt das Bild geformt, das sie von der spanischen Frau im Herzen tragen. Diese hunderte von Millionen haben sich ein völlig falsches Bild erdichtet. Die spanische Frau war niemals eine Carmen. Genau so wenig wie die deutsche Frau das blonde Gretchen mit den Hängezöpfen ist! Die spanische Frau war seit Jahrhunderten ein Gemisch von Orient und Okzident. Ein Produkt der christlich-kirchlichen Erziehung und der im Lande haften gebliebenen maurischen Tradition. Je weiter man nach dem Süden kam, desto stärker überwog die Tradition aus den Zeiten der Abderrahmâns, während im Norden, besonders in den grossen Städten des Nordens, allmählich Europa einbrach.

Es ist schwer, das Wesen der spanischen Frau auf eine Formel zu bringen, eine solche Formel muss immer schief sein, und so könnte sie kränken, wo uns

doch nichts ferner liegt, als das Volk, dessen Gastfreundschaft wir mit Dankbarkeit geniessen, irgendwie zu verletzen. Immerhin, der Versuch ist notwendig! Dies etwa ist der Typus der spanischen Frau, und zwar der Proletarin wie der Bürgerin, aus der Zeit des letzten Bourbonen: Mutter ihrer Kinder, geboren, um Mutter zu werden. Unselbständig gegenüber den Dingen der äusseren Welt. Herrscherin im eigenen Hause. Dem Gatten meist sehr treu, selbst aber nur zu oft betrogen. Das junge Mädchen wächst auf im Traume von einem phantastischen Liebesglück. Bis die Zeit der Liebe herannaht. Mit ihr tritt die Wirklichkeit in sein Leben. Der Mann, der vielleicht angeschwärmt wird, muss von der Familie fern gehalten werden. In den wenigsten Fällen entscheidet das Gefühl über die Frage der Ehe. Materielle Gründe sind ausschlaggebend, wenigstens in der Bourgeoisie. Familieninteressen und die Aussicht auf Vermögen oder Stellung. Während der Brautzeit Schwärmerei - oft genug kaum noch mit tatsächlichem Gefühl - , nach der Eheschliessung der Alltag: Kinder und das enge, eigene Haus, während der Mann im Klub oder im Café seine nicht von der meist kaum übermässigen Arbeit verschlugene Zeit verbirgt. Auch die Arbeiter Ehe ist ähnlich geartet. Der Unterricht, den die Frau in der Jugend empfing, war höchst minimal. Oft reichte er kaum zum Lesenlernen aus. Jedenfalls werden seine Früchte späterhin nur sehr beschränkt angewendet: dass die Frau ein Buch in die Hand nimmt oder die Zeitung liest, gehört durchaus nicht zum Ueblichen. Im Leben des Staates, des Volkes hatte die Frau kaum etwas zu sagen. Nur die Kirche nahm sich ihrer an, zog sie in die Kreise ihrer charitativen Tätigkeit und versuchte, sie immer wieder als Mittel zur politischen Bearbeitung des meist selbst dem Beichtstuhl und der Kanzel fern bleibenden Gatten zu benutzen. Und die Kirche war das schlimmste Hemmnis auf dem Wege zu einer allmählichen Emanzipation der spanischen Frau. Jeder Versuch, auch nur einen Hauch europäisch-modernen Lebens in das Dasein der Spanierin zu bringen, begegnete der erbitterten Feindschaft der Kirche. Man denke nur daran, wie noch in jüngster Zeit die Mitglieder des hochstehenden Madrider Liceo-Klubs beschimpft wurden. Der Klub hat sich gerächt: er wurde ein geistiges Zentrum, aus dem heraus ein wesentliches Stück Arbeit an der inneren Vorbereitung zur Revolution geleistet wurde.

So kommt es, dass gerade dieser Klub auch heute das Zentrum der neuen Frauenbewegung in Spanien geworden ist. Der Same, der hier in vielen Jahren gelegt wurde, geht auf, und aus ihm gedeihen schon die ersten Früchte. Als die Mitglieder des ehemaligen Revolutionskomitees aus dem Madrider Gefängnis entlassen wurden, gab ihnen zu Ehren der Liceo-Klub einen Tee. Damals stand in erster Reihe der gefeierten Persönlichkeiten auch die Verteidigerin des gegenwärtigen Ministers für öffentliche Arbeiten Albornoz, die junge Advokatin Victoria Kent. Victoria Kent war wenige Wochen darauf, als die früheren Insassen des Modellgefängnisses Minister wurden, die erste spanische Frau, die ein hohes staatliches Amt übertragen bekam: sie ist jetzt unter dem sozialistischen Justizminister Fernando de los Rios Generaldirektorin des Gefängniswesens. (Die Stellung eines Generaldirektors entspricht der eines deutschen Ministerialdirektors.)

Die Republik gibt der Frau theoretisch die Gleichberechtigung mit dem Manne. Praktisch vermag sie sie noch nicht zu verleihen, weil die spanische Frau in ihrer ganz übergrossen Mehrheit eben noch die Frau ist, die wir oben zeichnen mussten. So wird es unmöglich sein, der Frau das Wahlrecht im gleichen Umfange zu verleihen, wie wir es in Mitteleuropa kennen. Für die Wahlen zur Nationalversammlung hat man sich dahin entschieden, der Frau zwar das passive, aber nicht das aktive Wahlrecht zu gewähren. Im Landkreise Madrid sind zwei Advokatinnen, eben jene Victoria Kent und die bekannte Clara Campoamor, beides radikale Republikanerinnen, gewählt worden. Später wird man wahrscheinlich die Lösung der Wahlrechtsfrage so versuchen, dass man zwar der selbständigen, berufstätigen Frau das aktive Wahlrecht gibt, nicht aber der nach dem bürgerlichen Rechte noch der rechtlichen Vormundschaft des Mannes unterworfenen

verheirateten Frau. Es gibt stets eine erhebliche Reihe hervorragender Frauen, die für die Wahl in das Parlament in Frage kommen, wenn auch die uebergrosse Masse noch gar keinen Begriff von Politik hat. Man kann schon heute voraussehen, dass die reaktionären Parteien, besonders aber alle Klerikalen, ein gewaltiges Wutgeheul anstimmen werden, wenn man einen Teil der Frauen, und zwar gerade den politisch völlig unmündigen, vom aktiven Wahlrecht auszuschliessen versucht. Das ist die Herde des Klerus. Aber man wird kaum gesonnen sein, diesem etwas pharisäischen Geschrei nachzugeben.

Selbstverständlich muss die Republik alles nur irgend Mögliche tun, um die Bildung der Frau zu heben. Die 7 000 Volksschulen, die am 1. September dieses Jahres eröffnet werden sollen, sind ein erster Schritt dahin. Sie werden ganz wesentlich dem weiblichen Elemente zugute kommen. Und ebenso die weiteren 21 000 Volksschulen, die im Laufe weiterer vier Jahre eingerichtet werden sollen. Dazu kommt aber vor allem der offene Bruch mit der Tradition. Die "Tradition" war stets der Krebschaden des spanischen Lebens. Sie ist mit der Revolution gebrochen. Damit ist der Weg frei zur Modernisierung des gesamten Lebens, besonders auch des Lebens der Weiblichkeit. Schon während der letzten Jahre sind einige Ansätze nach dieser Richtung gemacht worden. Meist gingen sie von den besitzenden Klassen, vor allem von der einem ausländischen Einfluss am meisten zugänglichen Hofgesellschaft aus. Aber die Ansätze, die man dort sah, waren nicht immer erfreulich. Gerade in der Hofgesellschaft wurde das Wort "Freiheit" recht bedenkenlos aufgefasst und bedeutete nur zu oft Sittenlosigkeit. Daneben freilich fand auch der Sport weiteste Verbreitung. Und der Sport ist in fast allen Ländern der grosse Befreier vom alten Gerümpel verstaubter Vorurteile gewesen. Die Republik wird sich seiner auch weiterhin bedienen, um ihre Aufgabe der Befreiung des spanischen Menschen zu erfüllen.

Die ganze Entwicklung kann nicht von heute auf morgen vor sich gehen. In den letzten Monaten ist ein gewaltiger Sprung gemacht worden. Das mit dem Umsturz vom 14. April Gewonnene muss erst einmal ausgebaut werden. Die Frau selbst hat die grosse und schwere Aufgabe, diesen Ausbau der ihr neu verliehenen Rechte durchzuführen. Die kommende Verfassung wird ihr die Möglichkeit dazu geben.

Säuglingsaufwertung und Greisenabbau.^x

SPD. Im Jahre 1922 liessen die Vereinigten Staaten ein statistisches Jahrbuch erscheinen, in dem unter anderem auch das Nationalvermögen registriert und abgeschätzt wurde. Es kam die ungeheuerliche Summe von 321 Milliarden Dollar heraus, ein Nationalvermögen, in Sachwerten niedergelegt, das kaum ein zweiter Staat der Welt aufweisen kann.

Diese Summe wird nun von der "Metropolitan Life Insurance Company" überboten. Sie will mit einer neuartigen Berechnung beweisen, dass die Zahl von 321 Milliarden Dollar für das wirkliche Nationalvermögen Amerikas bei weitem nicht ausreicht, denn ausser den Sachwerten besitzen die Vereinigten Staaten ein noch viel grösseres Vermögen: die Bevölkerung selbst, d.h. den in Dollars umgerechneten Arbeitswert der männlichen und weiblichen Bevölkerung. Allein diesen Wert, den sie nicht nur summarisch, sondern auch nationalökonomisch allen anderen voransetzt, schätzt die genannte Versicherungsgesellschaft auf rund 2000 Milliarden Dollars.

In einem Staate, wo alles Irdische und Spirituelle mit klingenden Geldwerten abgewogen wird, wo der Chemiker den Durchschnittsmenschen mit dem Werte der in ihm vorhandenen Säuren und Salze auf 98 Cents abschätzt und der Physiker ihn dem Frosch, an dem er die Gesetze der Natur-Elektrizität studieren kann, gleichstellt, hat man auch die Berechtigung, das Arbeitsvermögen der menschlichen Kraft in schroffe Zahlenpfeiler zu ordnen. Es kann daher nicht übertra-

schen, wenn jetzt der amerikanische Pazifismus kaum noch an das Herz der Menschen, sondern an den kalten Verstand des Businessman appelliert, um dem Kriegsgedanken ein für alle Mal ein Ende zu machen. Er sagt: Das auf den europäischen Schlachtfeldern während des Weltkrieges vergossene und verlorene Blut der amerikanischen Soldaten stellt für Amerika einen viel grösseren materiellen Schaden dar, als die Schulden der Entente an Amerika ausmachen. Amerika hat daher am Kriege nicht verdient. Es lohnt sich also nicht, weitere Kriege zu führen.

Es ist nicht uninteressant, den Gedankengang zu verfolgen, der den Wert des Menschen auf Grund seines Arbeitsvermögens ins Materielle umzuwerten versucht, um damit die Gesamtstatistik des Nationalvermögens unter Ausschaltung der bisherigen Fehlerquellen aufzustellen. Die statistische Studie der "Metropolitan Life Insurance Company" behauptet, dass das Kind von seiner Geburt bis zum 18. Lebensjahre die Eltern durchschnittlich 7.238 Dollar kostete. Doch laut der Berechnungen glaubwürdiger Statistiker repräsentiert der Achtzehnjährige, als eine vermögensschaffende Maschine betrachtet, 20 000 Dollars, also einen grösseren Wert, als ihn die Eltern mit einer anderweitigen Investierung des Geldes hätten verdienen können. Der Durchschnittsverdienst eines Achtzehnjährigen im Jahre beträgt 1 000 Dollar. Mit 22 Jahren erhöht sich der Jahresertrag dieser "Maschine" auf 1 500 und mit 25 Jahren auf 2 000 Dollar. Mit diesem Zeitpunkt erreicht ein Durchschnittsmann von unversehrter Gesundheit den Kapitalswert von 25 000 Dollar. Und er nimmt noch zu an Wert, entsprechend seinem steigenden Einkommen, bis zu seinem 42. Lebensjahr. Von dann an tritt ein langsamer Abstieg ein. Mit 50 Jahren ist der Mann nur noch 17 500 Dollar wert. Mit 60 Jahren sinkt er auf 8 500 Dollar. Und 10 Jahre später, wenn das Kapital sich "amortisiert" hat, wird er ganz einfach "abgeschrieben".

Der Wert der Frau wird auf die Hälfte des Wertes des Mannes geschätzt. Doch wenn sie verheiratet ist, d.h. in "Betrieb" gesetzt wird, dem Staate neue Bürger, neue Arbeitswerte zu geben, so steigt ihr Wert auf 75 v.H. des Mannes. Nun bedurfte es nur noch einer einfachen Berechnung, das Durchschnittsalter der Männerbevölkerung festzustellen. Der Kapitalswert dieses Menschen im Durchschnittsalter wurde multipliziert mit der Anzahl der männlichen Bevölkerung, und so entstand die Summe von 1 144 Milliarden Dollar als Arbeitskapitalwert der männlichen Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Wenn man noch auf die gleiche Weise die Arbeitswerte der Frauen aufrechnet und dann die beiden Zahlen addiert, dann entsteht das neue Nationalvermögen von 2 000 Milliarden Dollar, das garnicht so imaginär ist, wie es im ersten Moment erscheinen mag. Die Amerikaner, deren kaufmännisches Rechen-talent wir Europäer nicht unterschätzen dürfen, werden schon einen Grund dafür haben, das Menschenmaterial so hoch einzuschätzen und es in das Nationalvermögen einzukalkulieren.

Dieses Nationalvermögen steht selbstverständlich nicht nur zur Bevölkerungszunahme, sondern auch zur Hygiene im Verhältnis. So erhöhte sich im vergangenen Vierteljahrhundert das Durchschnitts-Lebensalter in Amerika um 9 Jahre. Wo im Jahre 1901 ein Söugling noch einen Wert von 7 553 Dollar repräsentierte, erhöhte die durch die Gesundheitseinrichtungen hervorgerufene Verminderung der Kindersterblichkeit seinen Kapitalswert auf 9 333 Dollar. Auch die Wohlfahrtseinrichtungen erweisen sich eben in Amerika als ein glänzendes Geschäft.

Mag diese Berechnungsweise der "Metropolitan Life Insurance Company" auch unsrer europäischen Moral nicht ganz standhalten, so ist sie doch höher zu werten als manches andere amerikanische Geistesprodukt. Sie beweist, dass Amerika seinen Bürgern nicht nur den Arbeitszwang in einem bei uns unbekanntem Masse auferlegt, sondern die Leistungen auch in jeder Hinsicht zu schätzen versteht, wenn auch nur in der Theorie.

Victoria...^x

SPD. Frau Jutta hatte ihre Toilette beendet, die weichen Wildlederhandschuhe, die sie so liebte, übergestreift, einen letzten Blick in ihre kleine, nicht allzu kostbare, doch mit viel Geschmack eingerichtete Wohnung geworfen und stieg nun nachdenklich die Treppe hinab. Auf den Stufen des letzten Absatzes öffnete sie nervös ihr Handtäschchen: ja, das Geld war darin. Ihr Mann hatte ihr, ehe er ins Büro ging, ganz besonders ans Herz gelegt: "Vergiss nicht, Jutta, du mußt noch heute die Prämie bei der Versicherung bezahlen, sonst verfällt sie; es ist der letzte Tag."

Jutta ging durch die breite, um diese Stunde nahezu leere Hauptstrasse zu der Versicherungsgesellschaft, stieg ins zweite Stockwerk hinauf, klinkte an einer Tür, über der das stolze Schild "Victoria" prangte: - geschlossen.

"Geschäftszeit von 8 bis 13 und von 15 bis 17 Uhr."

Fast eine volle Stunde Zeit! Was sollte sie tun in diesem öden, dunklen Treppenhaus? Sie sah sich um: nirgends eine Sitzgelegenheit. Also ging sie wieder auf die Strasse, wo sie sich die Zeit vor den Auslagen der eleganten Läden vertreiben konnte,

Vor einem Schuhwarengeschäfte blieb sie stehen. Welch reizende Modelle! Vom einfachsten Laufschuh bis zum raffiniertesten Bühnenschuh: unaussprechlich chic und kultiviert und verführerisch... Und ihr Blick ward magisch von einem Paar aus dunkelgrauem exotischem Leder angezogen. "Echt Krokodil", erklärte ein goldumrandetes Kärtchen schlicht.

Sind das nicht die einzig wahren Schuhe zu ihrem neuen Kostüm? Sicherlich sie sehr, sehr teuer. Und Fred - das wusste sie - konnte ihr in diesem Monat keine Extraausgabe mehr bewilligen. Erst musste die Versicherung bezahlt sein. Richtig, die Versicherung! Fast hätte Jutta vergessen, weshalb sie hier wartete.

Oder sollte sie sich lieber die Schuhe kaufen und die Versicherung später bezahlen, von den kleinen Beträgen, die sie vom Wirtschaftsgelde zu ersparen pflegte...? Sicherlich eilte es garnicht so sehr mit der Prämie. Fred war in solchen Dingen übertrieben gewissenhaft. In Frau Juttas im Grunde nicht bösen, nur ein wenig leichtfertigen Herzen kämpften Pflichtgefühl und Eitelkeit um den Sieg. Ganz gewiss war es nächste Woche auch noch früh genug, um die Prämie zu bezahlen, während die Schuhe, die einzig wahren, einzig in Frage kommenden, schon morgen verkauft sein konnten....

+ + +

Als Fred am Abend aus dem Büro kam, war seine erste Frage: "Hast du die Prämie bei der "Victoria" bezahlt?" Er war wirklich übertrieben gewissenhaft.

"Ja," log Jutta und sah sehr reizend dabei aus. Zu öffnen wagte sie an jenem Abend das Paket mit den Krokodillederschuhem allerdings nicht; aber ihr Herz schlug höher, wenn sie an ihren heimlichen Besitz dachte

Eine Woche verging, ohne dass es ihr möglich gewesen wäre, den Prämienbetrag zurückzulegen. Endlich in der dritten Woche hatte sie das Geld beisammen. Morgen würde sie es bei der Versicherung einzahlen. Also konnte sie heute, wenn sie mit Fred ausging, die neuen Schuhe anziehen!

Nie noch hatte sie Freds Heimkehr ungeduldiger erwartet, nie noch das Abendessen so sehr vor der Zeit angerichtet und sich mit so unerklärbarer Nervosität angekleidet. Seltsam: im Schaufenster waren ihr die Schuhe weit schöner erschienen. Vielleicht hatte man ihr garnicht die richtigen eingepackt! Sie empfand keine rechte Freude. Und wo nur Fred blieb? Ausgerechnet heute kam er so spät.

Da schrillte die Glocke des Telefons: Fred! Aber es war eine andere, fremde Stimme, und - entsetzlich! Was war das? Jutta vermochte kaum den Sinn der Worte zu erfassen. Je länger sie zuhörte, umso heftiger umkrampfte sie den Hörer. "Ja; ja... Ich komme...," rief sie.

Sie wusste nicht, wie sie auf die Strasse gelangt war, nannte wie schlafwandlerisch einem Schofför das Ziel: "Sankt-Georg-Krankenhaus!" Und noch immer klang ihr die fremde Stimme im Ohr: "Unter den Autobus gekommen...überfahren...liegt im Spital..."

+ + +

In einem weissen, schmalen Krankenhausbett lag Fred, bleich, mit geschlossenen Augen. Als Jutta eintrat, hob er mühsam die Lider, und ein matter Hoffnungsstrahl glänzte in seinen Augen. "Jutta, ich lebe noch," sagte er leise und schwach. Und: "Wenn du mich liebst... Wir haben ja die Versicherung..."

Jutta brach vor seinem Bett in die Kniee und presste die Lippen auf seine blutleeren, blassen Hände, aus denen alle Kraft gewichen schien.

Der Arzt kam, Der Kranke sollte nicht sprechen. Jede Erregung musste vermieden werden.

Im Ordinationszimmer, allein mit dem Arzte, erfuhr Jutta das Schlimmste, Letzte: Fred würde, wenn es gelänge, ihn am Leben zu erhalten, invalid bleiben.

Als sie durch den langen, kahlen Korridor dem Ausgang zuging, apathisch, vernichtet, ausgelöscht, vernahm sie nichts als den unbarmherzigen Rhythmus ihrer Schritte in den krokodilledernen Schuhen, deren hohe Absätze triumphierend klapperten: Victoria... Victoria... Victoria...

Thea Reimann.

Der kluge Scheich.^x

SPD. Diese Geschichte erzählte ein Marokkaner. Und sie fängt natürlich an wie alle Märchen: es war einmal...

Es war einmal ein Scheich, der ebenso klug wie alt war, Zu dem kam eine alte Frau und jammerte, dass ihr lieber Schwiegersohn sie und ihre Tochter herzlos verlassen habe. "Zehn Jahre lebten meine Tochter, ich und er zusammen, und ich muss sagen: ich war zufrieden. Nun ist er seit einer Woche spurlos verschwunden..."

Was ist da zu machen, denkt der Scheich, legt die Stirn in weisse Falten und wartet auf Allahs Wink. Allah ist gross. "Wir werden den Schwiegersohn schon finden," sagt der Scheich. Dann versammelt er alle Leute der Stadt auf dem Marktplatz und stellt sich auf die Tribüne. Zwei Henker schleppen die jammernde Schwiegermutter heran. "Diese Frau", erklärt der Scheich, "ist eine Schwiegermutter und soll jetzt ihre Sünden büssen. Sie ist zu acht Tagen Pranger verurteilt..."

Betroffenes Schweigen. Die Menge verharret atemlos. Da hört man aus dem tiefsten Hintergrund eine Stimme: "Bravo...! Bravo...!" Der weisse Scheich wendet sich an die Schwiegermutter, gibt sie frei und zeigt auf den Mann dort hinten: "Haltet ihn gut fest...! Es ist der durchgebrannte Schwiegersohn...!"

SPD. Die verflixten Fremdwörter!^x "Ich glaube", sagt Frau Neureich zum Doktor, "ich habe eine Konfektion im Bauch."

"So", lächelte der Arzt. "Na, da lassen Sie sich man keine grauen Haare darüber wachsen! Darum brauchen Sie nicht so skrophulös zu sein. Da gehen Sie einfach in die Hypothek und holen sich etwas Rhinozerosöl...!"
